SOZIALE HEIMATSTADT LINZ

FREIHEITLICHES LEITBILD FÜR EINE SOLIDARISCHE LEISTUNGSGESELLSCHAFT

SOZIALE HEIMATSTADT LINZ

FREIHEITLICHES LEITBILD FÜR EINE SOLIDARISCHE LEISTUNGSGESELLSCHAFT

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion:
Freiheitliche Partei Österreich, Bezirksgruppe Linz,
Franckstraße 68, 4020 Linz, Telefon: 0664 34 11 817, E-Mail: bezirk-linz@fpoe.at
Copyright: Freiheitliche Partei Österreich, Bezirksgruppe Linz.
Linz 2021. Alle Rechte vorbehalten.

Das nachstehende Sozialprogramm berücksichtigt das vorhandene Informations- und Zahlenmaterial bis einschließlich 31.12.2020.

INHALT

VORWORT 4

1. HERAUSFORDERUNGEN 6
1.1. Demografie 8
1.2. Ökonomie und Infrastruktur 17
1.3. Finanzen 22
1.4. Gesellschaft 23

2. ZIELE UND PRINZIPIEN 24
2.1. Ziele sozialer Stadtentwicklung 25
2.2. Prinzipien sozialer Gestaltung 26

3. PATRIOTISMUS UND LEISTUNG 28
3.1. Patriotismus als solidarische Grundlage 30
3.2. Solidarische Leistungsgesellschaft 31

4. HANDLUNGSFELDER 32
4.1. Zuwanderung und Integration 34
4.2. Familien und Kinder 36
4.3. Jugendliche und junge Erwachsene 38
4.4. Ältere und Pflegebedürftige 40
4.5. Armut und Krisenbewältigung 44
4.6. Arbeit und Beschäftigung 46
4.7. Wohnen und Infrastruktur 48
4.8. Bürgerliches Engagement 51
4.9. Evaluierung und Kontrolle 52

VBgm Markus Hein

StR Michael Raml

SOZIALE HEIMATSTADT LINZ

Wie überall in Österreich und Europa steht die kommunale Sozialpolitik auch in Linz vor großen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. Die Gründe dafür sind vielfältig und seit Jahren bekannt.

Auf demografischer Seite steht die Bewältigung von Zuwanderung, Bevölkerungswachstum und die Verschiebung der Alterspyramide durch eine steigende Lebenserwartung den ökonomischen Herausforderungen von Globalisierung, wirtschaftlicher Stagnation und einem drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie Armutsgefährdung gegenüber.

Rekordverschuldung, gesetzliche Aufgabenübertragung durch Bund und Land sowie die ungesicherte langfristige Finanzierbarkeit der sozialen Systeme belasten die städtische Finanzsituation und schränken den Handlungsspielraum stark ein, während zunehmender gesellschaftlicher Pessimismus und Nihilismus zu immer mehr Politikverdrossenheit und schwindendem Gemeinsinn führen.

Nicht zuletzt haben politische Fehlentwicklungen auch dazu beigetragen, dass der in den Nachkriegsjahren zunächst sinnvolle Ausbau des Sozialstaates in manchen Bereichen – insbesondere der Zuwanderung – vom Problemlöser zum Problemerzeuger mutiert ist, während die öffentliche Debatte zunehmend wieder vom scheinbaren Gegensatz zwischen ökonomischer Kompetenz und sozialer Verantwortung geprägt ist. Diese einseitige Verkürzung auf neoliberale Konzepte einerseits und ein überholtes romantisiertes Sozialstaatsdenken andererseits, kann den künftigen Herausforderungen nicht gerecht werden und verhindert echte Reformprozesse.

Größere Städte wie Linz sind soziale Organismen, die einem laufenden Veränderungsprozess unterworfen sind und übergeordnete Gesamtentwicklungen oft vorwegnehmen. Gerade die frühzeitige Verdichtung des Wandels im urbanen Raum führt neben vielen positiven Effekten auch besonders konzentriert und häufig zu sozialen Problemfeldern.

Sozialpolitik ist nicht nur eine fachübergreifende Querschnittsaufgabe, sondern auch eine Frage der gezielten Bewusstseinsbildung, die alle Lebensbereiche und Akteure in unserer Stadt betrifft. Sie muss immer einem gerechten Abgleich der sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen folgen, bei denen das langfristige Gemeinwohl – auch im Interesse künftiger Generationen – über kurzfristigen Einzelinteressen steht.

Eine zukunftsweisende Ausgestaltung darf sich daher nicht nur auf die einseitige Erbringung von Kernaufgaben zur kurzfristigen Lösung von Symptomen aktueller Probleme beschränken, sondern muss vielmehr auch eine langfristige Strategie zur tatsächlichen Lösung, einschließlich einer dafür notwendigen dauerhaften Bewusstseinsänderung zum Ziel haben.

Eine Gesellschaft, die in der Lage ist, die anstehenden Herausforderungen zu meistern, benötigt ein neues Leitbild für mehr Gerechtigkeit, gelebte Solidarität und soziale Sicherheit. Dazu müssen drei wesentliche Grundgedanken wieder stärker zum Ausgangspunkt aller Bestrebungen gemacht werden:

- Erstens das Bewusstsein, dass der Einzelne kein isoliertes Individuum im Rahmen einer undefinierten Gesellschaft, sondern eine in strukturierten Gemeinschaften mit ausgeprägten Identitäten stehende Persönlichkeit ist.

- Zweitens die Erkenntnis, dass erst das Vorhandensein und die Stärke dieser Gemeinschaften sowie die Teilhabe des Einzelnen daran den Gedanken von Solidarität und sozialer Verantwortung begründen.

- Drittens die Verpflichtung, dass jeder nach seinen Kräften zum Gelingen der Gemeinschaft beitragen muss, und erst diese Leistungssolidarität das Recht auf Beistand gewährleistet.

Eine stabile und lebendige Gesellschaft ist nur in der zeitgemäßen Verbindung von ökonomischer Leistung, sozialer Verantwortung und echtem Gemeinsinn auf Grundlage eines zeitgemäßen Patriotismus möglich. Diese Komponenten begründen das Konzept einer solidarischen Leistungsgemeinschaft, in der die Bürger nicht nur rational, sondern auch emotional angesprochen sowie nachhaltig und dauerhaft eingebunden werden.

Linz, April 2021

VBgm Markus Hein

StR Michael Raml

Mindestsicherung
Marktpreise
Finanzierung
Partnerschaften
Drittstaatsangehörige
Krisen
Wohnen
Mieten
Ausgab
Bezirke
Ausbildung
Wahlen
Magistrat
Mieter
Struktur
Erstsprache
Schüler
Ressourcen
Kinderbetreuung
Ausländeranteil
Wohnraum
EU
Eigenheim
Kinder
Infrastruktur
Ausländer
Unternehmen
Finanzen
Ökonomie
Engagement
Sprache
Bürger
Demoskopie
Beschäftig
Linz
Armut
Gesellschaft
Arbe
Männer
Integration
Deutsch
Österreic
Sozialleistungen
Arbeitsplätze
Arbe
Ältere
Familien
Covid
Zuwanderung
Ehe
Staatsbürgerschaft
Gesamtbevölkerung
Kultur
Einkommen
Migratio
Verkehr
Wohneigentum
Entwicklung
Frauen
Familienstand
Schulden
Lebenserwartung
Erwerbstätige
Unselbstständig
Wohnungen
Schulen
Lehrstellen

1 HERAUSFORDERUNGEN

Foto: iStock.com/StockImages_AT

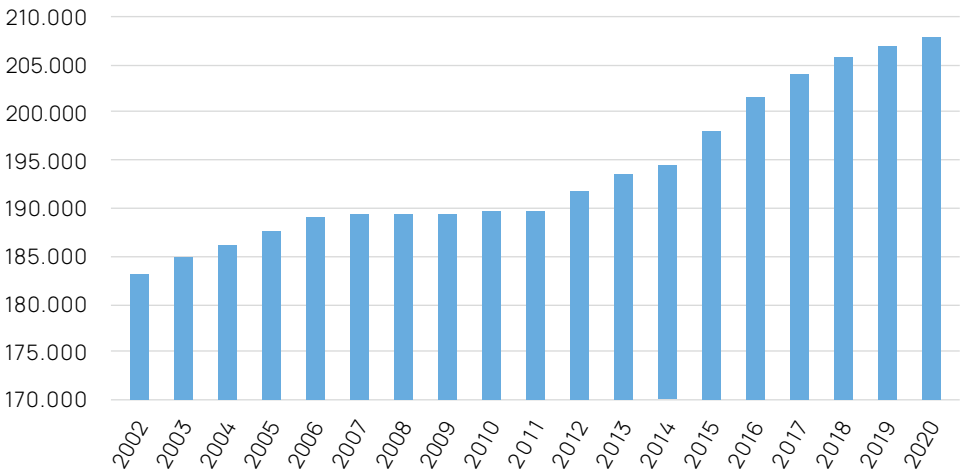
1.1. DEMOGRAFIE

1.1.1. BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

Von 2002 bis 2020 ist die Gesamtbevölkerung in Linz von 183.133 auf 207.843 Einwohner angewachsen.

Seit 2002 ist Linz um 13,5 % gewachsen.

Hauptwohnsitzbevölkerung (2002–2020)



Quelle: Stadt Linz

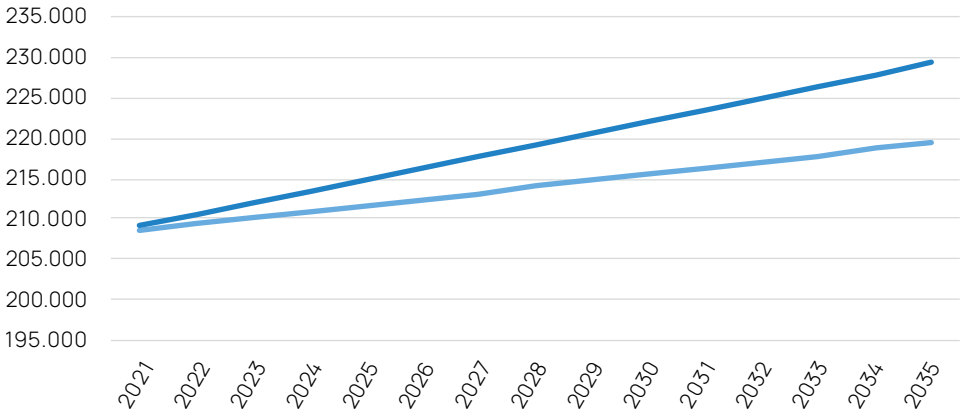
Prognose

Auf Basis unterschiedlicher Prognosen wird Linz bis 2035 weiterwachsen:

- ➔ Prognose Stadt Linz: **219.449**
- ➔ Prognose Land Oberösterreich: **229.739**

Prognose Bevölkerungswachstum (2021–2035)

2035 werden in Linz bis zu 230.000 Menschen wohnen.



Quelle: Stadt Linz, Land OÖ

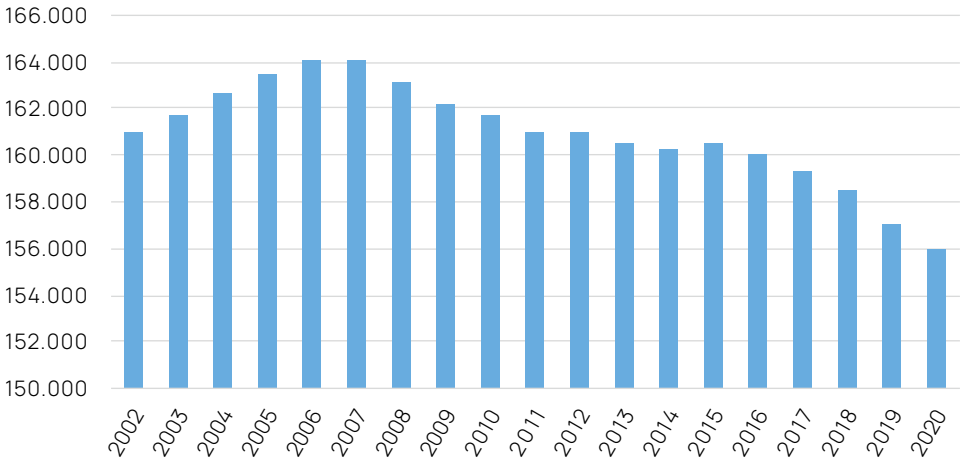
1.1.2. ZUWANDERUNG

Trotz des Wachstums der Gesamtbevölkerung sinkt der Anteil der österreichischen Einwohner, während die Ausländerquote dramatisch steigt.

Österreicher

Dabei ist der Anteil der Bevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft nicht nur relativ von 87,89 % (2002) auf 75,04 % (2020) gesunken, sondern hat sich auch in absoluten Zahlen von 160.962 (2002) auf 155.971 (2020) verringert.

Bevölkerungsentwicklung Österreicher (2002–2020)



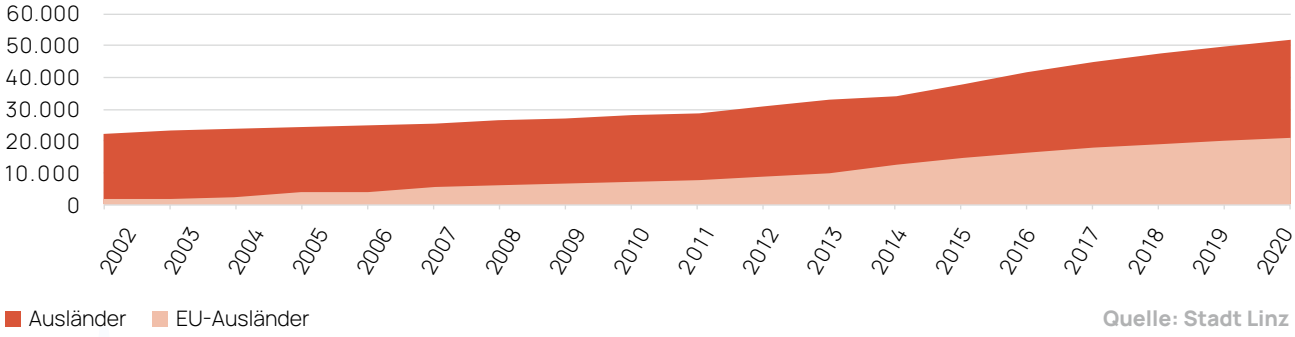
Quelle: Stadt Linz

25 %
der Einwohner in Linz sind Ausländer.

Ausländer

Parallel dazu hat sich der Ausländeranteil von 12,11 % (2002) auf 24,96 % (2020) mehr als verdoppelt. Zum 01.01.2020 waren 51.872 Ausländer (2002: 22.171) aus insgesamt 151 verschiedenen Nationen mit Hauptwohnsitz in Linz gemeldet. Vor allem der Anteil von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten ist gegenüber 2002 von 0,99 % (1.814) auf nunmehr 10,10 % (20.995) dramatisch angestiegen.

Bevölkerungsentwicklung Ausländer (2002–2020)



Quelle: Stadt Linz

Wachstum

Das Bevölkerungswachstum ist seit dem Jahr 2007 fast ausschließlich auf den Anstieg des Ausländeranteils zurückzuführen. Seit 2007 zeigt sich deutlich ein besorgniserregender Trend: Im nunmehr 13. Jahr in Folge verliert Linz jährlich zwischen 500 und 1.500 österreichische Staatsbürger.

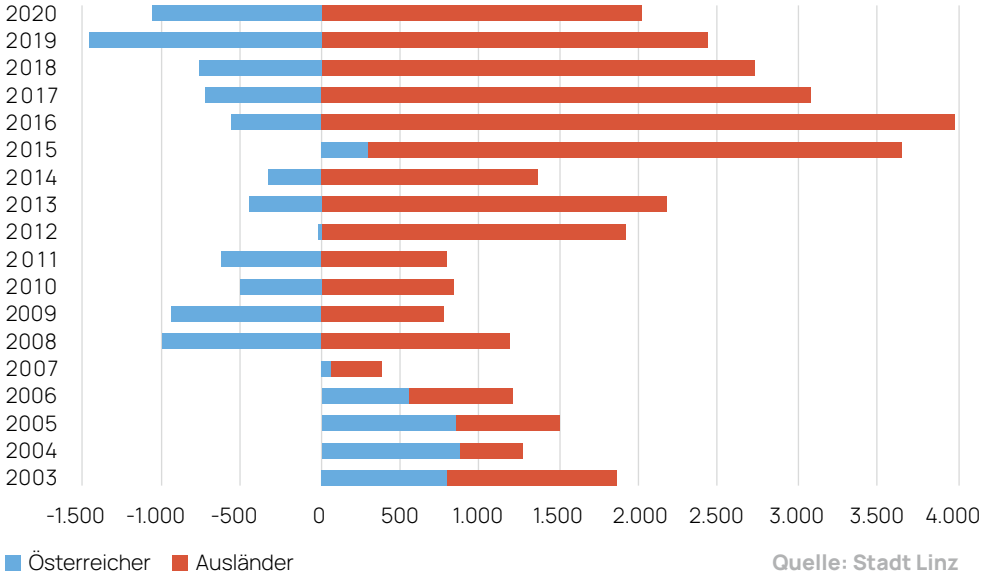
Unklar ist hingegen der genaue Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Linz, der auch bereits eingebürgerte Ausländer umfasst. Dieser lag Ende 2008 mit 23,7 % bereits ca. 10 % über dem damaligen Ausländeranteil (14 %). Es ist daher davon auszugehen, dass aktuell bereits mehr als jeder dritte Linzer einen Migrationshintergrund hat.

Linz verliert seit 2008 jedes Jahr im Schnitt

ca. 625

österreichische Staatsbürger.

Anteile an der Bevölkerungsentwicklung (2003–2020)

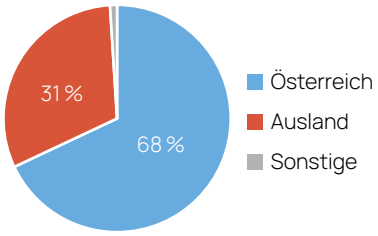


Quelle: Stadt Linz

Kinderbetreuung

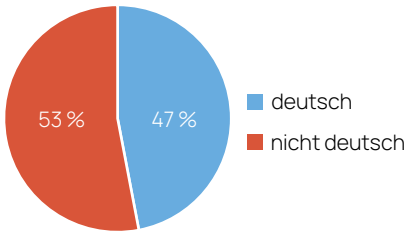
Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Staatsangehörigkeit und Erstsprache von Kindern in städtischen Betreuungseinrichtungen wider.

Betreute Kinder nach Staatsangehörigkeit (2018/19)



Quelle: Land OÖ

Betreute Kinder nach Erstsprache (2018/19)



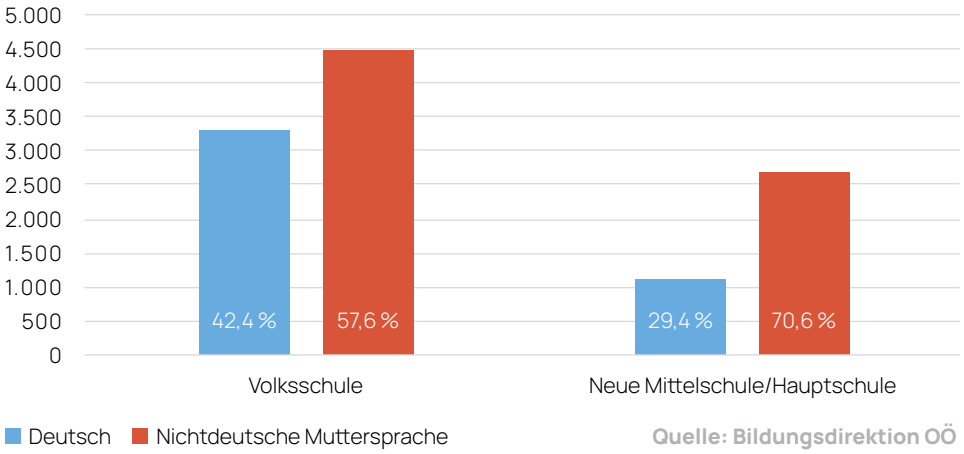
Quelle: Land OÖ

Schulen

Auch die Zahl ausländischer Schüler ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Im Schuljahr 2019/20 wurde ein neuer Höchststand erreicht: 7.682 von insgesamt 12.456 Schülern in Linz sind nichtdeutscher Muttersprache, das entspricht einem Anteil von 61,7 %.

Der Anteil von Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache beträgt in den Linzer Volksschulen bereits 57,6 %, in den NMS/Hauptschulen sogar 70,6 %.

Muttersprache in Linzer Schulen (2019/2020)



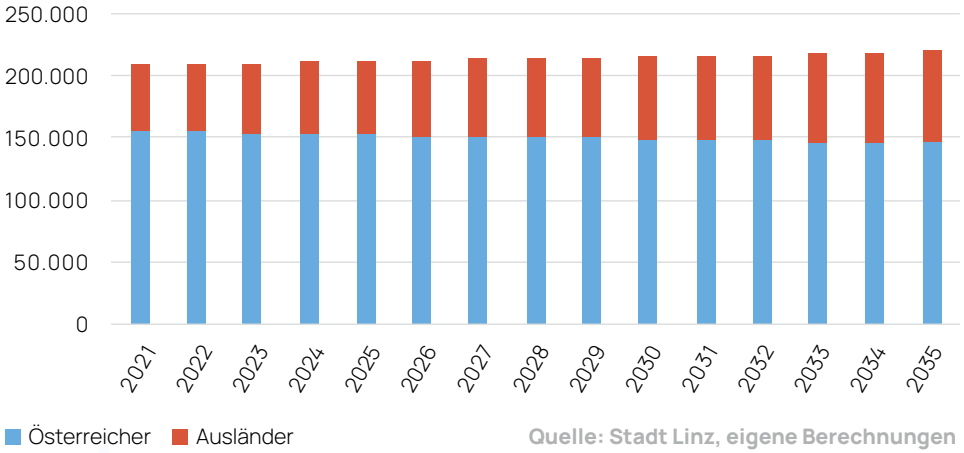
Quelle: Bildungsdirektion OÖ

62 %
der Linzer Schüler sind nichtdeutscher Muttersprache.

Entwicklung

Ohne eine grundsätzliche Trendumkehr wird sich diese Entwicklung auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Selbst bei sehr vorsichtigen Schätzungen wird sich der Ausländeranteil (ohne bereits eingebürgerte Ausländer) bis 2035 auf mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung erhöhen.

Prognose Bevölkerung (2020–2035)



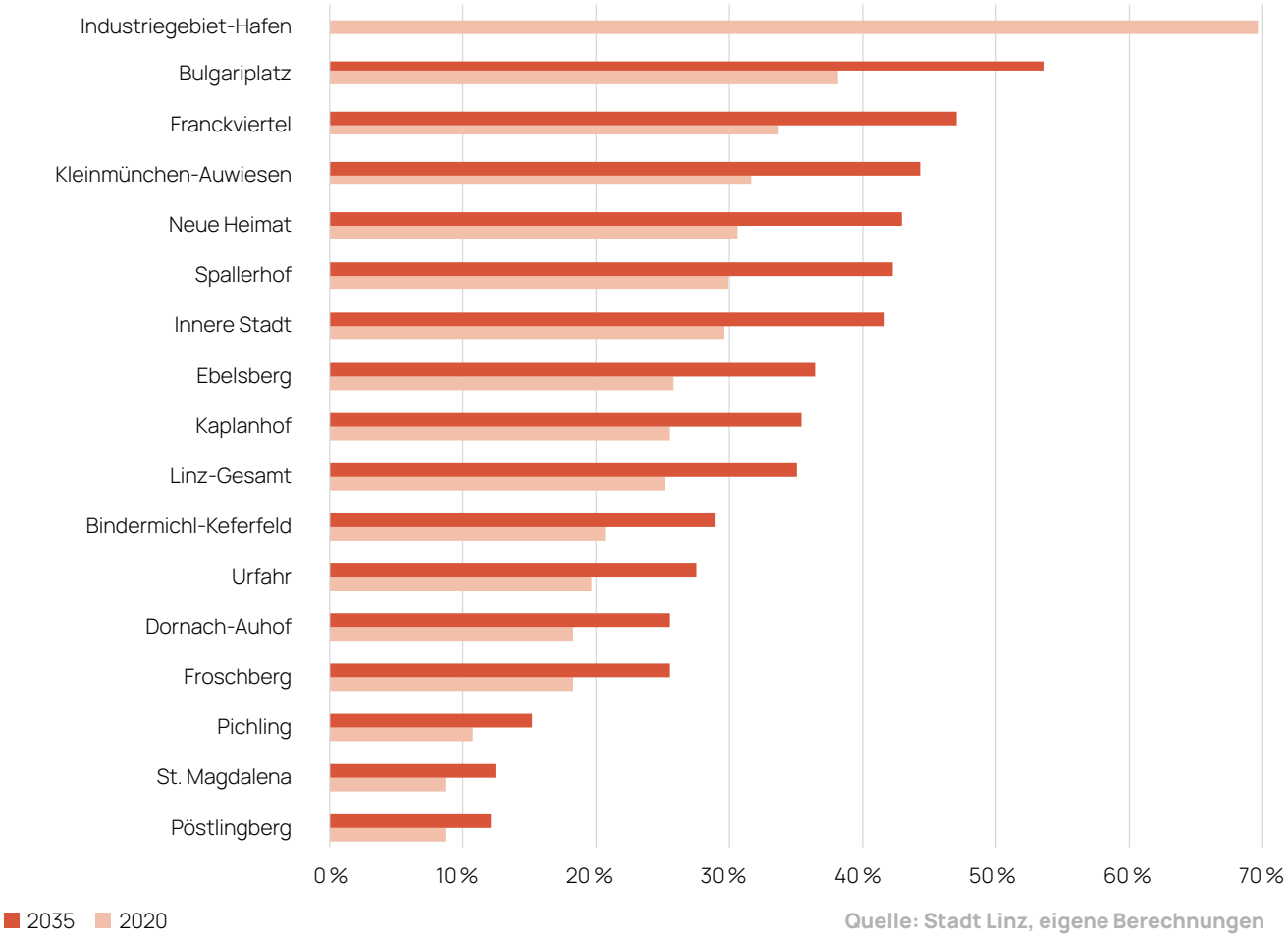
Quelle: Stadt Linz, eigene Berechnungen

Mehr als jeder
3. Linzer
wird 2035 kein Österreicher sein.

Stadtteile

Besonders betroffen werden jene Bezirke sein, die schon jetzt einen überproportional hohen Ausländeranteil aufweisen. In diesen Stadtteilen kann es zu Gettobildungen (wie z.B. in Paris oder Berlin) mit einem Bündel an negativen Auswirkungen sozialer und sicherheitspolitischer Natur kommen.

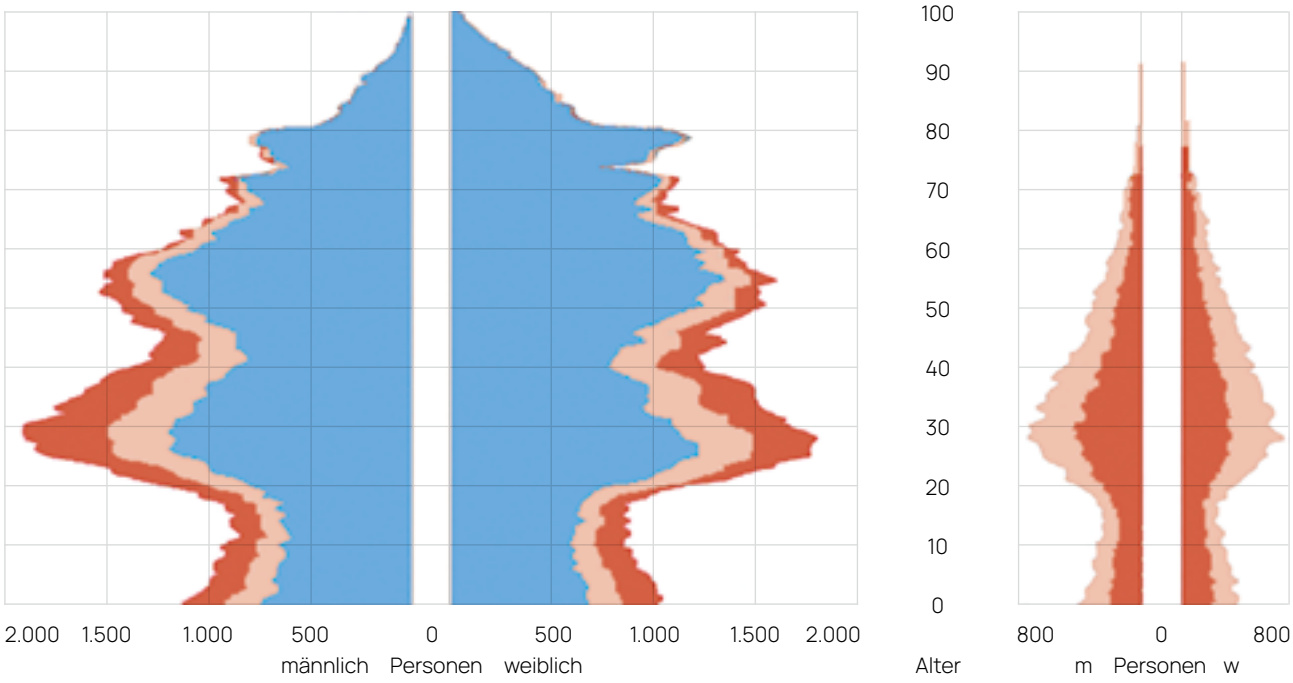
Entwicklung Stadtteile Ausländeranteil (2002/2035)



Quelle: Stadt Linz, eigene Berechnungen

1.1.3. GENERATIONEN

Bevölkerungsstruktur (2020)

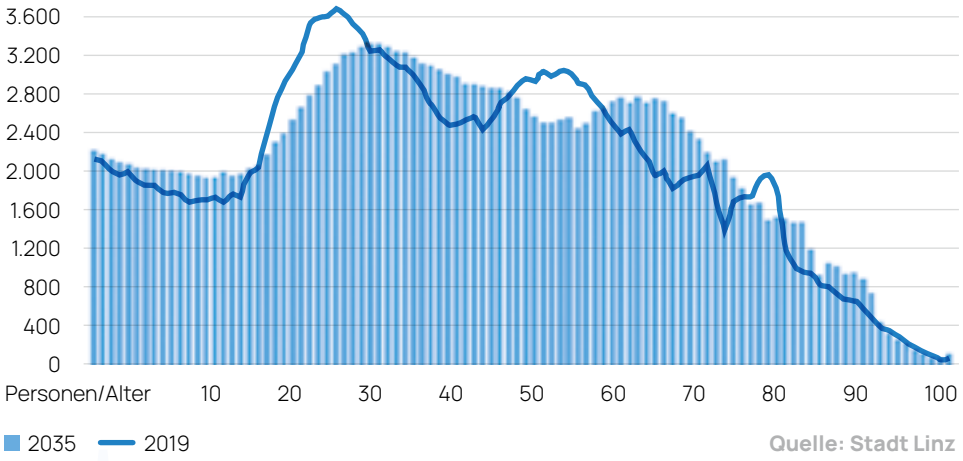


Quelle: Stadt Linz

Prognose

Aufgrund des unterschiedlichen Bevölkerungswachstums wird sich das Generationenverhältnis in Linz bis 2035 verschieben: Vor allem die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen wird insgesamt zuwanderungsbedingt Zuwächse verzeichnen.

Prognose Hauptwohnsitzbevölkerung (2035)



Quelle: Stadt Linz

Die Gruppe der jungen Menschen wird bis 2035 stark wachsen.

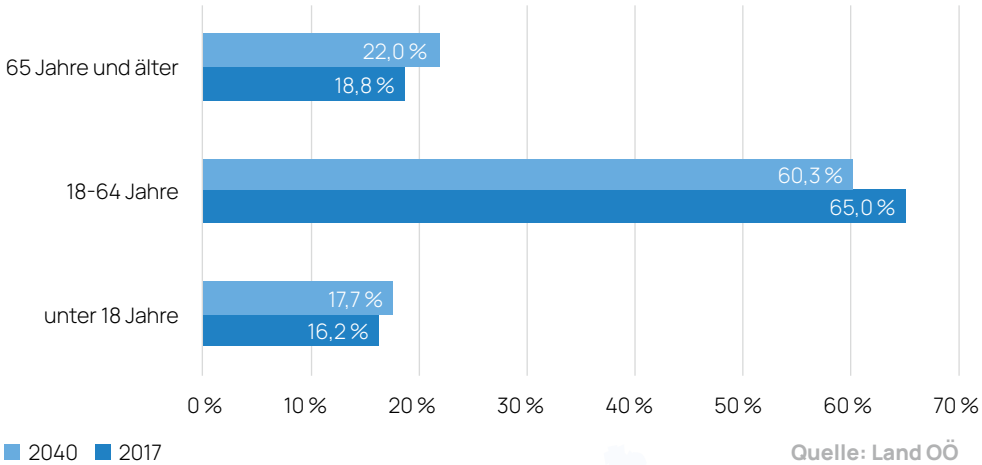
Foto: rclassen/Shutterstock.com

Generationen

Der Anteil der Senioren und Hochbetagten wird sich durch die Steigerung der Lebenserwartung weiter erhöhen, während der Anteil der Erwerbstätigen zwar in absoluten Zahlen wächst, sich im Generationenverhältnis aber merklich verringert. Pflegenotstand – hinsichtlich Finanzierung und Leistbarkeit – sowie Altern in Würde werden in den kommenden Jahrzehnten auch in Linz verstärkt in den Fokus rücken.

22 %
der Linzer werden 2040 65 Jahre und älter sein.

Generationenverhältnis (2017/2040)



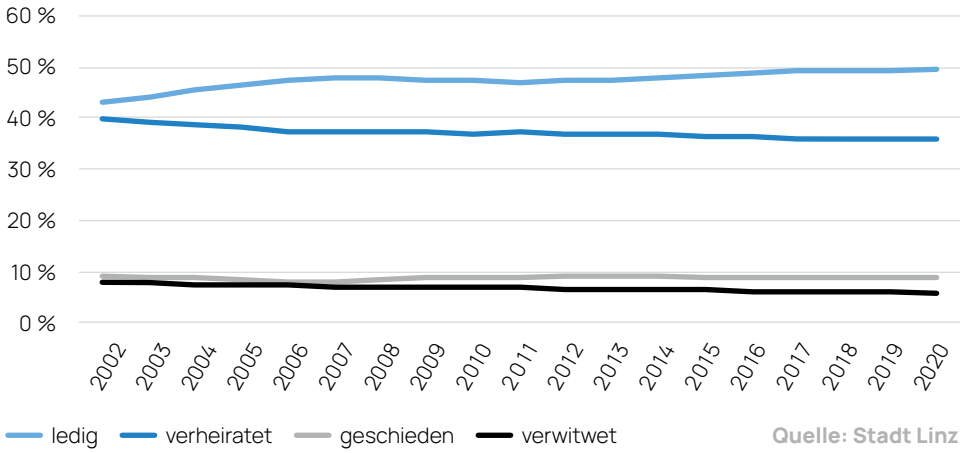
Quelle: Land OÖ

1.1.4. FAMILIEN

Familienstand

War 2002 der Anteil der ledigen (43,0 %) im Vergleich zur verheirateten Bevölkerung (39,9 %) in Linz noch annähernd gleich hoch, zeigt sich in der Entwicklung des Familienstandes 2020, dass die Anzahl der Ledigen mit 103.118 Personen (49,6 %) weiter leicht zunimmt, während der Anteil der Verheirateten mit 74.372 Personen (35,8 %) umgekehrt eine anhaltend leicht negative Tendenz aufweist.

Familienstand (2002–2020)



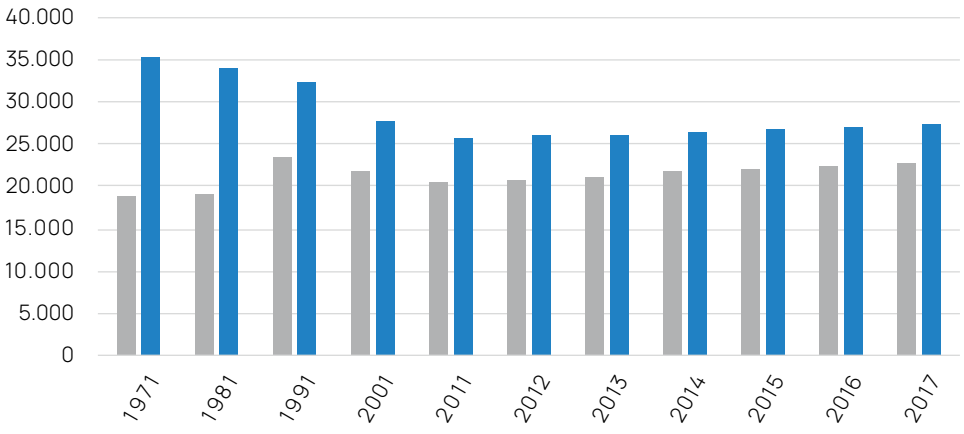
Quelle: Stadt Linz

Fast 50 %
der Menschen in Linz sind ledig.

Kinder

Trotz Bevölkerungswachstums ist die Zahl der Familien mit Kindern seit 2001 in absoluten Zahlen geringfügig gesunken (2020: 27.313, 2001: 27.646), im Gegenzug hat sich die Anzahl der Partnerschaften ohne Kinder (2020: 22.831, 2001: 21.639) erhöht.

Familien mit Kindern (1971–2017)



Quelle: Land OÖ

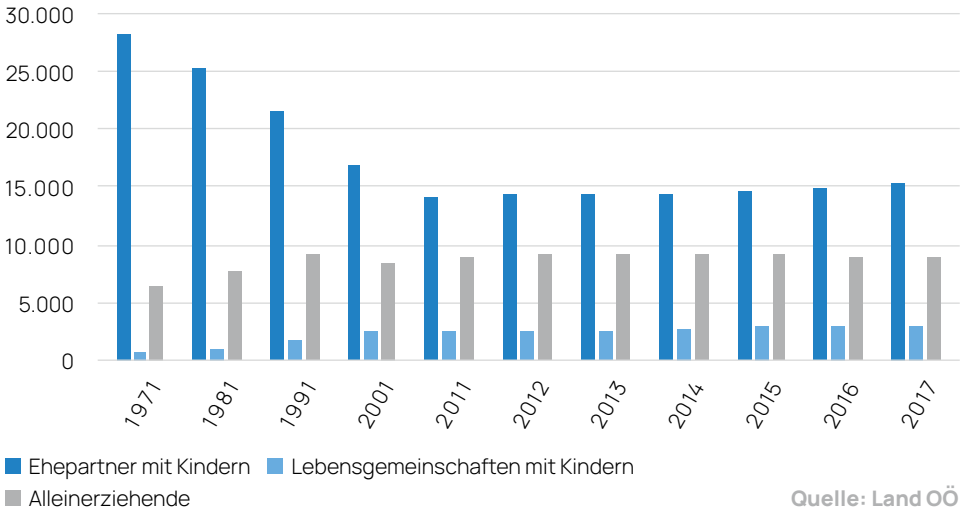
Seit 1971 hat sich die Anzahl der Familien mit Kindern um 23 % verringert.

Familienstrukturen

Bei den Familienstrukturen zeichnet sich seit der Jahrtausendwende ein relativ stabiles Bild bei der Verteilung von Ehepartnerschaften, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden mit Kindern ab.

33 %
der familiären Strukturen sind Alleinerziehende.

Familienstrukturen (1971–2017)



Quelle: Land OÖ

Foto: Lucky Business/Shutterstock.com

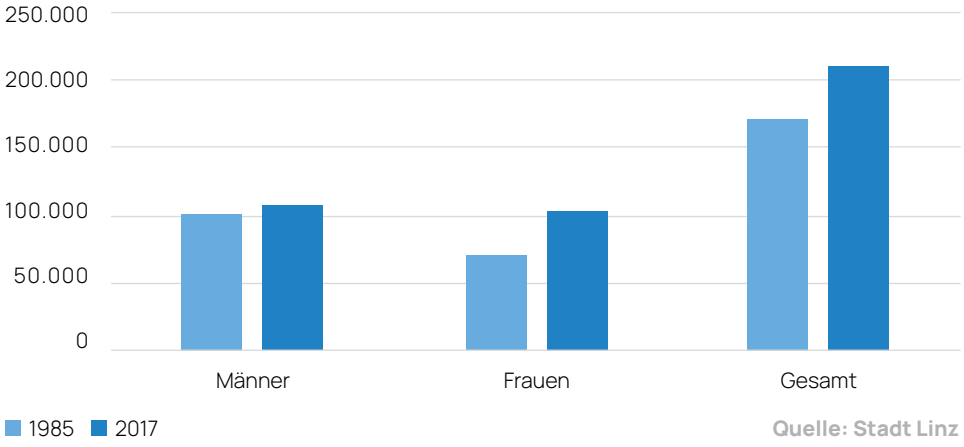
1.2. ÖKONOMIE UND INFRASTRUKTUR

1.2.1. BESCHÄFTIGUNG

Arbeitsplätze und Beschäftigte

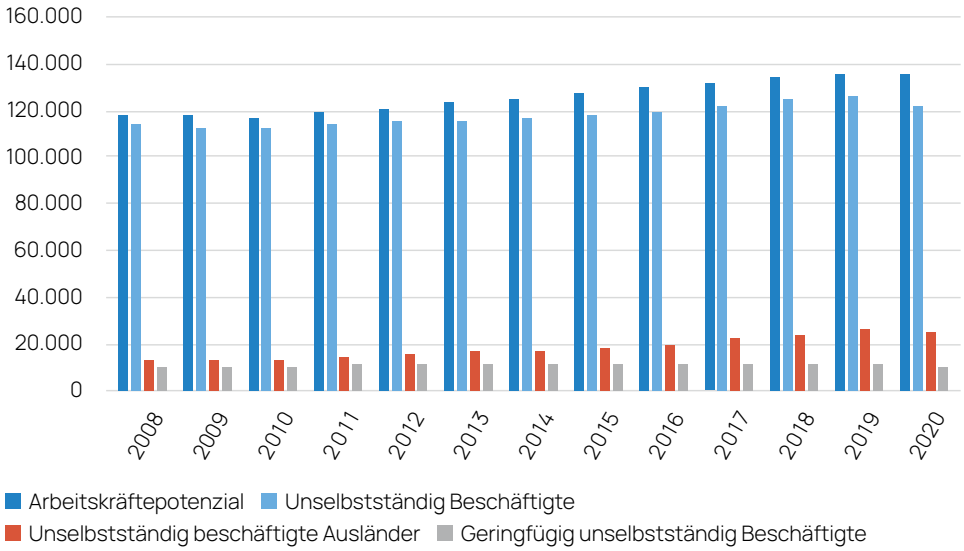
Mit 210.000 Arbeitsplätzen an insgesamt 15.240 Arbeitsstätten (2017) verfügt Linz über mehr Arbeitsplätze als Einwohner. Vor allem die Anzahl der beschäftigten Frauen (1985: 70.400, 2017: 103.000) hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten stark erhöht und liegt nun fast gleichauf mit den Beschäftigungszahlen der Männer (1985: 101.600, 2017: 107.000).

Arbeitsplätze Linz (1985/2017)



Quelle: Stadt Linz

Beschäftigte Linzer Bevölkerung (2008–2020)



Quelle: AMS Linz

210.000

Linz verfügt über mehr Arbeitsplätze als Einwohner.

Foto: Ralf Punkenhofer/Shutterstock.com

Am Verhältnis zwischen den Beschäftigungszahlen der Linzer Bevölkerung und den Arbeitsplätzen in Linz zeigt sich die starke ökonomische Verbindung mit den Umlandbezirken. So waren 72 % der Erwerbstätigen in der Stadt Linz im Jahr 2016 Einpendler.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote in Linz ist seit Jahren im oberösterreichischen Bezirksvergleich überdurchschnittlich hoch und als direkte Folge der Covid-Maßnahmen der Bundesregierung weiter massiv im Steigen begriffen. Unabhängig davon ist in den letzten Jahren vor allem ein Zuwachs im Bereich der älteren Arbeitnehmer (50+) sowie der arbeitslosen Ausländer zu verzeichnen.

39 %
aller Arbeitslosen in Linz sind Ausländer.

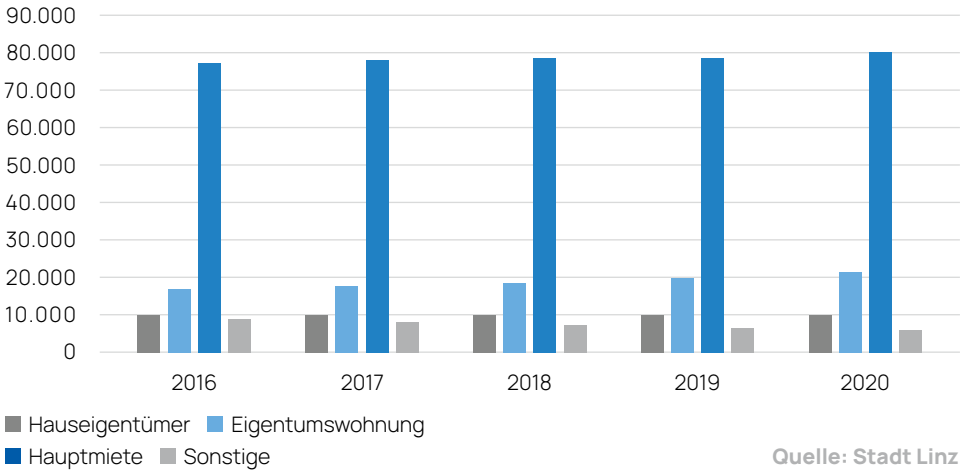
Arbeitslose Linz (2008–2020)

Quelle: AMS Linz

1.2.2. WOHNEN

Linz ist ungebrochen eine beliebte Wohn- und Lebensstadt: 2020 wurde mit 117.721 Wohnungen ein historischer Höchststand erreicht. Mehr als zwei Drittel entfallen auf 80.251 Mieter (68 %), 17.146 (15 %) sind Eigenheimbesitzer bzw. 10.241 Hauseigentümer (9 %), die ihre Objekte selbst bewohnen sowie Sonstige (8 %). Die Hälfte der Linzer Wohnungen (60.180) befinden sich im Eigentum von gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Rechtsgrund der Wohnungsbenutzung (2016–2020)



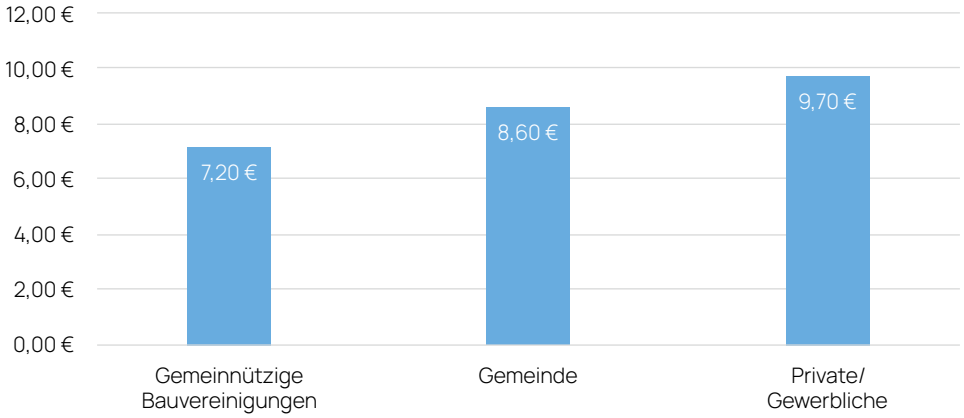
Quelle: Stadt Linz

68 %
der Wohnungen in Linz sind gemietet.

Preisentwicklung Mieten

Vor dem Hintergrund wachsender Grundstückskosten steigen die Wohnungspreise in Linz bei Miet- und Eigentumswohnungen sowohl im gewerblichen als auch im gemeinnützigen Wohnbau seit Jahren kontinuierlich an.

Ø Wohnungsmieten (2019, je m² inkl. BK ohne Heizkosten)



Quelle: Österreichischer Verband Gemeinnütziger Bauvereinigungen, Statistik Austria

15 %
der Wohnungen werden von ihren Eigentümer bewohnt.

Preisentwicklung Eigentum

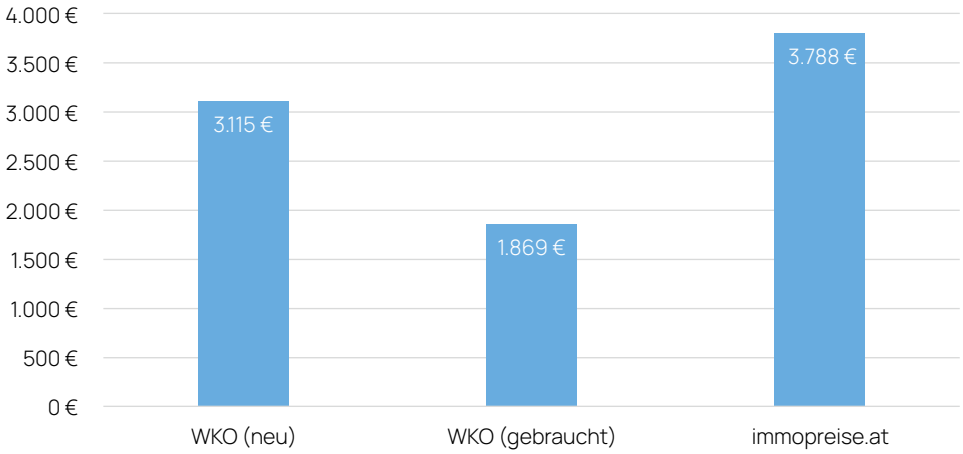
Mieten und Marktpreise steigen deutlich rascher als die Einkommen und bewirken, dass große Bevölkerungsteile einen höheren Anteil ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnen aufwenden müssen. Zudem wird der Erwerb von Wohnungseigentum aufgrund steigender Immobilienpreise erschwert.

2020 sind die Immobilienpreise in Linz um

17 %

gestiegen.

Ø Kosten Wohnungseigentum (2020, je m²)



Quelle: WKO, Immopreise.at

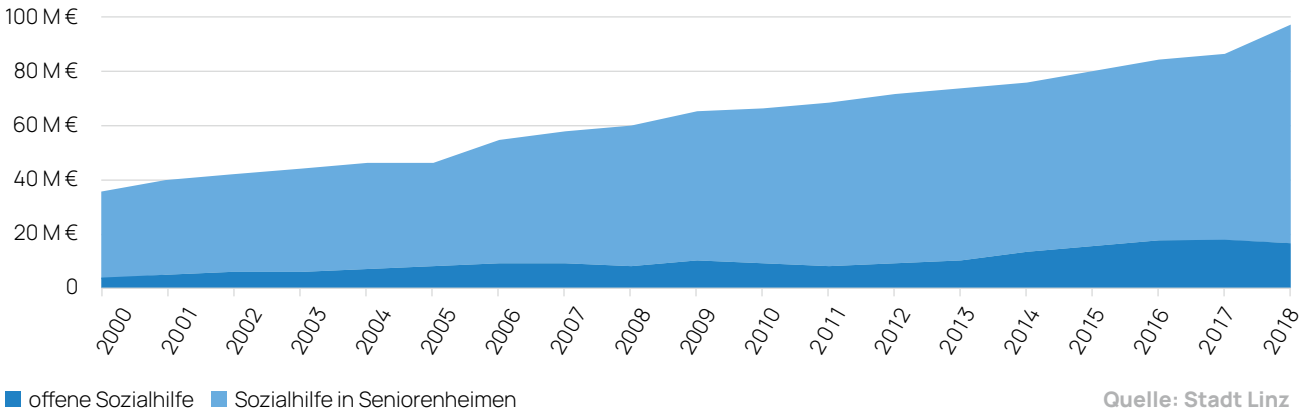
Foto: Lisa-S/Shutterstock.com

1.2.3. ARMUT UND KRISEN

13,3 % der österreichischen Bevölkerung (Oberösterreich: 9,2 %) sind armutsgefährdet und haben ein Einkommen unter der Armutsschwelle. Besonders gefährdet sind Kinder, Frauen im Alter, Alleinerzieherinnen und Langzeitarbeitslose.

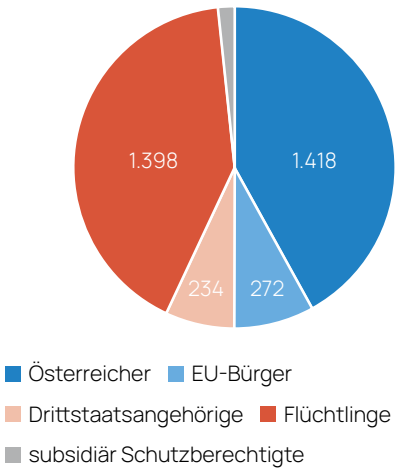
Im Rahmen der offenen Sozialhilfe (vorwiegend Bedarfsorientierte Mindestsicherung) unterstützt die Stadt Linz Menschen, die ihren Lebensunterhalt weder durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft noch durch ausreichendes Einkommen oder Vermögen bestreiten können und außerhalb von sozialen Einrichtungen leben.

Ausgaben für soziale Hilfen (2000–2018)



Quelle: Stadt Linz

BMS/SH-Bezieher nach Aufenthaltsstatus (Q2 2020)



Quelle: Stadt Linz

Im 2. Quartal 2020 bezogen 3.377 Personen in Linz die Bedarfsorientierte Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe. Dabei sind 42 % der Leistungsbezieher österreichische Staatsbürger, denen ein Anteil von 58 % ausländische Bezieher gegenübersteht. Der Anteil der anerkannten Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigten bei den Beziehern von Mindestsicherung beträgt 43 %.

Mehr noch als die Finanzkrise 2008 sind die aktuellen Covid-Maßnahmen der Bundesregierung ein Auslöser für einen massiven Einbruch der Volkswirtschaft und einem damit verbundenen Anstieg der Armut.

Mindestsicherung

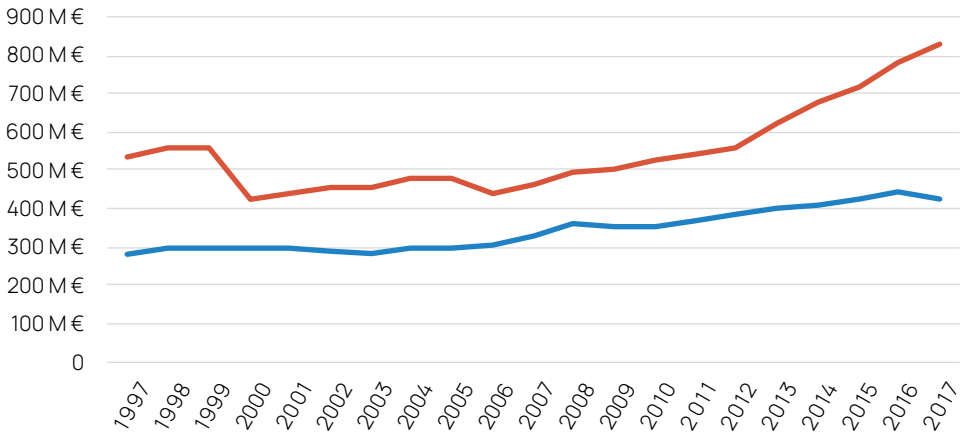
58 %
der Bezieher von Sozialhilfe sind Ausländer.

1.3. FINANZEN

Trotz eines hohen Kommunalsteueraufkommens hat Linz durch sein vielfältiges Leistungsangebot und zentralörtliche Aufgaben ein Ausgabenproblem, das seit Jahren zu einem negativen Ergebnis im städtischen Haushalt und damit zu einer zunehmenden Reduktion des eigenen Handlungsspielraums führt.

Linz hat über
1,5 Mrd. €
Schulden.

Ausgaben und Steueraufkommen (1997–2017)



Quelle: Stadt Linz

Verpflichtungsarten (in T €)	2016	2017	2018
Finanzschulden	778	760,9	754,9
Barvorlagen	172,1	155,4	60,0
Ausgelagerte Schulden	497,6	538,8	631,4
Sonderfinanzierungen	74,7	69,1	63,3
Gesamtsumme Finanzverpflichtungen	**1.522,4**	**1.524,1**	**1.509,6**

Quelle: LRH Oberösterreich

57 Mio. €
Schaden verursachen die Covid-Maßnahmen der Bundesregierung.

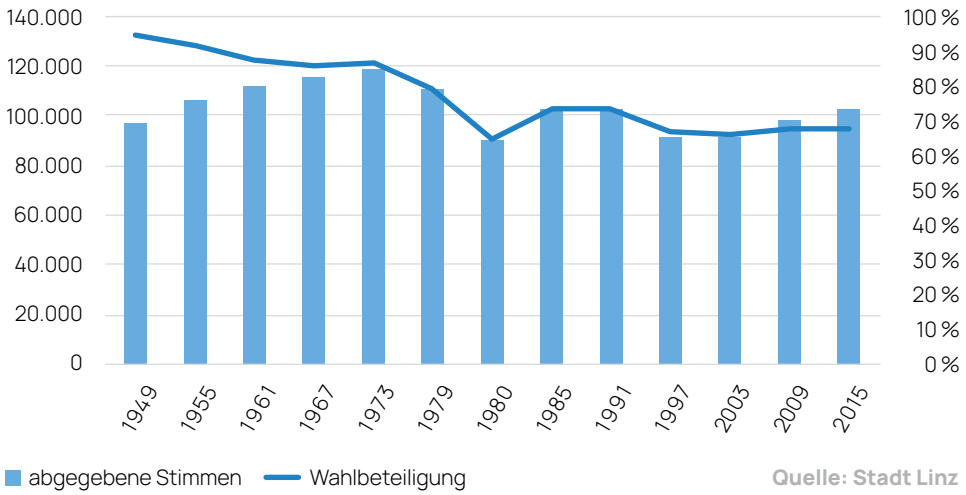
Zudem verursachen 2020 Mindereinnahmen und Mehrausgaben aufgrund der Covid-Maßnahmen der Bundesregierung einen prognostizierten Schaden in Höhe von 57 Millionen Euro.

1.4. GESELLSCHAFT

1.4.1. WAHLEN

Seit 1949 wurden in Linz 13 Gemeinderatswahlen abgehalten, wobei die Wahlbeteiligung sich seit zwei Jahrzehnten konstant auf einem Niveau von etwa zwei Dritteln der Wahlberechtigten bewegt.

Beteiligung Gemeinderatswahlen (1949–2015)



Quelle: Stadt Linz

32 %
der Linzer sind 2015 nicht zur Gemeinderatswahl gegangen.

1.4.2. BÜRGERBEFRAGUNGEN

Im Jahr 2017 wurde die mittlerweile fünfte Bürgerbefragung von der Abteilung Stadtforschung durchgeführt: Ziel der Befragung war, die Meinung der Linzer Bevölkerung zu verschiedenen Themenstellungen zu erheben, sowie ihre Wünsche und Anliegen zu erfahren.

Einen besonderen Schwerpunkt dieser Befragung bildeten aktuelle Zukunftsthemen, die vor allem für die weitere Entwicklung der Stadt von großer Wichtigkeit sind.

2 ZIELE & PRINZIPIEN

Foto: iStock.com/Simone Crespiatico

2.1. ZIELE SOZIALER STADTENTWICKLUNG

Höchste Ziele einer sozialen Stadtentwicklung müssen sein:

- ➔ **Freie Menschen in lebendigen Gemeinschaften,**
- ➔ **ihre bestmögliche selbstbestimmte geistige und materielle Entfaltung**
- ➔ **auf Grundlage gleicher Chancen**
- ➔ **sowie eine angemessene Abgeltung erbrachter Leistungen**
- ➔ **und der ausreichende Schutz vor unverschuldeten Notlagen.**

SOZIALE GERECHTIGKEIT

bedeutet, den Einzelnen in die Lage zu versetzen, seine individuellen Fähigkeiten und Talente zur Entfaltung zu bringen. Dies setzt voraus, allen Gesellschaftsmitgliedern die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilnahme in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, Infrastruktur, Familie, Kultur, Freizeit, Sport und bürgerlichem Engagement zu bieten.

SOZIALE VERSORGUNG

darf nicht zur Vormundschaft gegenüber Menschen führen, sondern Selbstbestimmung, Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Gemeinschaftsleben fördern. Für eine zukunftsweisende kommunale Sozialpolitik muss sich die öffentliche Hand von der „fürsorglichen Behörde“ zum „ermöglichenden Dienstleister“ weiterentwickeln.

SOZIALE LEISTUNGSTRÄGER

haben sicherzustellen, dass präventiv einem möglichen Missbrauch bestmöglich vorgebeugt wird. Wer sich einen betrügerischen Zugang zum Bezug von Sozialleistungen verschafft, hat sein Recht auf eine Teilhabe verwirkt. Darüber hinaus ist es Aufgabe städtischer Sozialpolitik zur Ausbildung eines gemeinschaftlichen Bewusstseins beizutragen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu gewährleisten.

2.2. PRINZIPIEN SOZIALER GESTALTUNG

Nach einer Studie des renommierten Roman-Herzog-Instituts gibt es sechs Dimensionen der Gerechtigkeit, die auch für die Beurteilung und Ausgestaltung städtischer Sozialpolitik in Linz maßgeblich sind: Chancengerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Regelgerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit.

Die motivierenden und produktiven Kräfte der Chancen-, Leistungs- und Regelgerechtigkeit schaffen dabei die Grundlagen, um Bedarfs-, Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit realisieren zu können.

➔ STADT DER CHANCEN

Vielfalt

Chancengerechtigkeit bedeutet, dass alle Bürger die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Leistungen hervorzubringen, um ihre Lebenssituation durch eigenes Tun zu gestalten und zu verbessern. Chancengerechtigkeit erfordert Chancenvielfalt, um die individuellen Veranlagungen des Einzelnen bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. **Jeder Mensch soll die Chance haben, sein Leben auf Grundlage seiner Fähigkeiten frei zu gestalten!**

➔ STADT DER LEISTUNG

Beitrag

Leistungsgerechtigkeit bedeutet, dass jeder Einzelne in dem Maß vom gesellschaftlichen Wohlstand profitiert, in dem er durch seinen persönlichen Beitrag und Aufwand dazu beigetragen hat. Leistungsgerechtigkeit schafft gleiche Behandlung für gleiche Bemühungen und soll sowohl den Einzelnen als auch die Allgemeinheit motivieren, bessere Lebensbedingungen anzustreben. **Leistung muss sich lohnen und schafft Wohlstand für alle!**

➔ STADT DER REGELN

Recht

Regelgerechtigkeit entspricht dem Grundsatz gleicher Rechte auf gesellschaftliche Ressourcen und schafft gleiche Zugangsmöglichkeiten und Behandlung für alle. Gesetze sollen nachvollziehbar aufgebaut sein und nachvollziehbar angewendet werden. **Gleiches Recht für alle – keine Benachteiligung oder Bevorzugung von Bevölkerungsgruppen!**

➔ STADT DER BEDÜRFNISSE

Bedarf

Bedarfsgerechtigkeit herrscht, wenn jeder Bürger nach objektiven Kriterien in quantitativer und qualitativer Hinsicht jene Leistungen erhält, die seinem tatsächlichen Bedarf entsprechen. Alle städtischen Leistungen sind hinsichtlich möglicher Unter-, Über- oder Fehlversorgung sowie deren Treffsicherheit regelmäßig zu evaluieren. **Jeder Bürger muss gleichen Zugang zu städtischen Leistungen haben, die seinen Bedürfnissen entsprechen!**

➔ STADT DER GEMEINSCHAFT

Generationen

Generationengerechtigkeit definiert die gerechte Verteilung von materiellen Ressourcen, Lebenschancen und -qualität unter den Altersgruppen sowie die wahrgenommene Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Einen besonderen Schwerpunkt stellt dabei die Familiengerechtigkeit als elementare Zukunftsfrage der Gesellschaft dar. **Linz muss eine lebenswerte Stadt für alle sein und künftigen Generationen als solche erhalten bleiben!**

➔ STADT DER SOLIDARITÄT

Verteilung

Die Bejahung persönlicher Leistung, gleicher Rechte und der Orientierung am tatsächlichen Bedarf erfordern eine gerechte Verteilung der erarbeiteten Güter und gemeinschaftlichen Leistungen. Daher kann nicht jeder das gleiche Maß an Gütern und Dienstleistungen beanspruchen. **Sozialleistungen müssen zielgerichtet nach dem tatsächlichen Bedarf verteilt werden und nicht an jene, die sich am intelligentesten oder missbräuchlich am System bedienen!**

Foto: Sinlinger/Shutterstock.com

Gesamtgesellschaft
Heimatrecht
Volk
Integratio
Wohlfahrtsstaat
Entsolidarisierun
Länder
Gesellschaft
Gemeinsch
Allgemeinheit
Schutz
Individuen
Solidarität
Kommune
Patriotismus
Lebensumfeld
Verwirklichung
Sozialpolitik
Leistungsgesellschaft
Gemeinden
Zusammenhalt
Prinzip
Gemeinde
Staat
Absicherung
Sicherung
Gemeinsinn
Potenziale
Verwöhnung
Gemeinsamkeiten
Teilhabe
Religion
Bereitschaft
Prinzipien
Existenz

3

PATRIOTISMUS & LEISTUNG

Foto: Karl Allen Lugmayer/Shutterstock.com

3.1. PATRIOTISMUS ALS SOLIDARISCHE GRUNDLAGE

Solidarität ist ein Grundprinzip menschlichen Lebens, das sich in Gemeinschaft mit starker innerer Verbundenheit aufgrund ihres Zusammengehörigkeitsgefühls zur wechselseitigen Absicherung entwickelt.

Sozialstaat

Auf dieser Grundlage hat sich der moderne Sozialstaat entwickelt: Vor der industriellen Revolution war die soziale Sicherung vorrangig eine innere Angelegenheit der eigenen Familie bzw. des Berufsstandes – also der engsten Gemeinschaften im unmittelbaren Lebensumfeld.

Entwicklung

Ab 1849 war die Armenpflege per Gesetz Aufgabe der Gemeinde und an das Heimatrecht gebunden, das mittels Heimatschein dem Einzelnen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gemeinde bestätigte. Dieser konnte durch Abstammung, Eheschließung, Amtsantritt oder Verleihung nach frühestens 10 Jahren erworben werden. Darüber hinaus erhielten die Länder die verfassungsrechtliche Zuständigkeit zur Errichtung von Wohltätigkeitsanstalten.

Dieses Prinzip der sozialen Leistungserbringung durch Länder und Gemeinden ist bis heute erhalten geblieben. Ende des 19. Jahrhunderts beginnt ein Prozess, in dessen Folge sich der Staat in seinem Selbstverständnis vom reinen Rechts- auch zum Wohlfahrtsstaat entwickelt.

Grundlagen

Der seitdem erkämpfte Sozialstaat beruht im Wesentlichen auf Solidarität und Vertrauen innerhalb eines genau definierten und begrenzten Raums. Solidarität hat sich praxistauglich immer nur dort entfalten können, wo sich Menschen durch ethnische und ökonomische Gemeinsamkeiten als relativ ähnlich wahrnehmen und nicht als unterschiedliche Individuen ohne nähere Bindung definieren.

Zuwanderung

Masseneinwanderung ist daher mit einem funktionierenden Sozialstaat auf Dauer mangels notwendiger Integrationskraft nicht vereinbar und führt im Gegensatz dazu zu einer zunehmenden Entsolidarisierung der Gesellschaft und in der Folge zu Konflikten auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene.

Verständnis

Daher erfordern ein fest in der Gesellschaft verankertes solidarisches Denken und ein nachhaltiges soziales Handeln im politischen Bereich als Grundlage einen modernen Patriotismus, der im Umkehrschluss erst durch den gelebten Zusammenhalt sowie seine gemeinwohlorientierte Haltung und Handlungen seinen positiven inneren Wert und damit seine eigentliche Bestimmung erhält.

3.2. SOLIDARISCHE LEISTUNGSGESELLSCHAFT

Die Zielsetzung und Prinzipien sozialer Gerechtigkeit auf patriotischer Grundlage finden ihre Umsetzung in der Verwirklichung einer solidarischen Leistungsgesellschaft, deren Auswirkungen auf kommunaler Ebene im unmittelbaren Umfeld erlebbar werden.

➔ Gesellschaft

Gemeinschaften

Lebendige Gemeinschaften sind die Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft. Jeder Mensch ist ein Teil verschiedener Gemeinschaften, wie Familie, Nachbarschaft, Betrieb, Religion, Kommune, Volk und Staat, die in Summe die Gesamtgesellschaft bilden. Nur in diesen Gemeinschaften relativ ähnlicher Individuen sind eine materielle und ideelle Existenz des Einzelnen, seine Freiheit sowie Aufstiegsmöglichkeit und Schutz gesichert.

➔ Solidarität

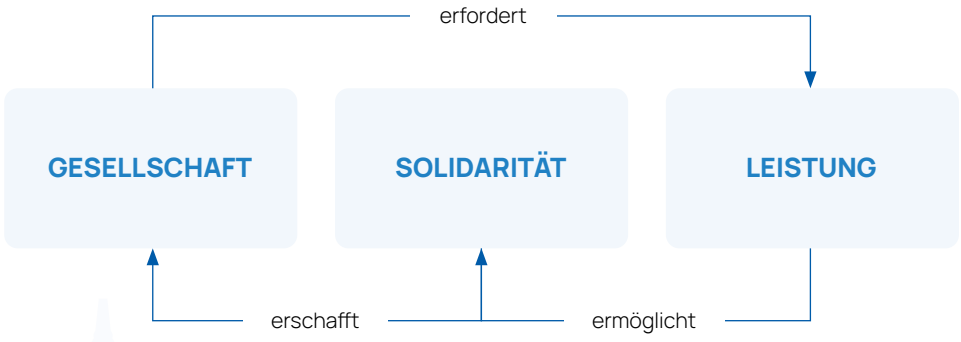
Zusammenhalt

Grundlage für echte Solidarität und Zusammenhalt sind gelebte Gemeinschaften. Solidarität ist der Ausdruck eines positiven Gemeinschaftsgefühls, das einen gelebten Patriotismus erfordert. Eine Sozialpolitik, die den Wert der eigenen Identität und Kultur leugnet, erreicht nur wenige und schafft keinen Gemeinsinn, während ungezügelte Masseneinwanderung und künstlich erzeugte Multikulturalität auf Dauer zu einer Entsolidarisierung führen und Konflikte hervorrufen.

➔ Leistung

Teilhabe

Keine Gesellschaft findet ihr Auskommen, ohne die Bereitschaft ihrer Mitglieder zu arbeiten und einen Teil ihrer Leistungen in die Allgemeinheit einzubringen, um auf dieser Grundlage auch das Recht an gemeinschaftlicher Teilhabe zu erwerben. Daher sind Leistungen entsprechend der jeweiligen Potenziale des Einzelnen zu fördern und zu entlohnen sowie Verwöhnung und Unterforderung, die zu sozialem Fehlverhalten führen, zu verhindern.



Sozialhilfe
Obdachlose
Lebenskultur
Bürger
Schwerarbeiter
Bildung
Bewältigung
Beschäftigung
Beratung
Wohnen
Zuwanderung
Generation 50+
Berichtspflicht
Arbeit
Service
Ältere
Armut
Integration
Ehrenamt
Jugendliche
Infrastuktur
Pflegebedürftige
Engagement
Kinderbetreuung
Sprachförderung
Lehre

4. HANDLUNGSFELDER

Foto: iStock.com/delectus

4.1. ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

Der ständig steigende Anteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung sowie die vielfältigen Auswirkungen dieser Zuwanderung stellen für Linz in den kommenden Jahren eine zentrale Herausforderung dar.

Schutz der Identität

Wir bekennen uns zum Schutz und Erhalt unserer gewachsenen Identität, Kultur und Sprache und wollen unsere Stadt kommenden Generationen als eine Heimat erhalten, in der ein selbstbestimmtes Leben und eine positive Weiterentwicklung in Freiheit und Sicherheit möglich sind.

Trendumkehr

Daher fordern wir eine grundsätzliche Trendumkehr, die zukünftig einer inländerfreundliche Ausgestaltung der Sozialpolitik gegenüber der weiteren Förderung des ungezügelten Zuzugs von Menschen aus anderen Kulturkreisen den Vorzug gibt. Wer als Zuwanderer ein gleichberechtigtes Glied der solidarischen Leistungsgesellschaft unserer Stadt werden will, muss einiges leisten: Die Sprache erlernen, Gesetze verstehen und achten sowie durch eigene Arbeit seinen Anteil am Gemeinwohl erbringen.

Integration

Die Zielsetzung städtischer Integrationsmaßnahmen muss daher die Förderung bereits legal ansässiger Zuwanderer sein, die diese Mindeststandards erfüllen und zur Erbringung dieser bereit sind.

Sozialimmigration

Alle Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse müssen auf die autochthone Mehrheitsbevölkerung bzw. die Integration bereits rechtmäßig niedergelassener Ausländer ausgerichtet sein und dürfen keine weiteren Anreize zur Sozialimmigration und zum Asylmissbrauch schaffen.

4.1.1. SPRACHFÖRDERUNG UND BILDUNG

➔ Ausbau der Sprachförderung

Förderung und Weiterentwicklung des frühen und schulischen Spracherwerbs von Kindern. Förderung des Erlernens der deutschen Sprache für Eltern in anerkannten Sprachinstituten.

➔ Deutsch als Schulsprache

Deutscherwerb bereits im Kindergarten und jedenfalls vor dem Schuleintritt. Verpflichtende Verwendung von Deutsch als Schulsprache auch in Pausen und bei sonstigen Schulveranstaltungen.

➔ **Generationenübergreifende Brauchtumsförderung**

Unterstützung einer identitätsstiftenden Bewusstseinsbildung in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, städtischen Bildungseinrichtungen und Seniorenheimen durch Bereitstellung eines städtischen Erlebnisprogramms für Heimatkunde sowie Traditions- und Brauchtumspflege.

4.1.2. WERTE

➔ **„Mach es wie …“: Integrations-Imagekampagne**

Schaffung einer werteorientierten Imagekampagne anhand realer, positiver Integrationsbeispiele in Linz mit erlebbarem Vorbildcharakter.

4.1.3. ZUSAMMENLEBEN

➔ **Strengere Vergabekriterien für städtische Sozialleistungen**

Städtische Sozialleistungen (z.B. Aktivpass) sollen künftig nur für Österreicher, EWR-Bürger sowie Drittstaatsangehörige, die (analog zur Oö. Wohnbauförderung) Deutschkenntnisse auf A2-Niveau sowie einen fünfjährigen Hauptwohnsitz in Linz nachweisen können, zugänglich sein.

➔ **Neuausrichtung der Integrationspolitik**

Integrationsbüro und Migrantenvereine haben in den letzten Jahren keine spürbare Verbesserung für ein gutes Zusammenleben in Linz gebracht.
Daher müssen:
- die bisherigen Ansätze einer grundlegenden Kurskorrektur unterzogen,
- der kontraproduktive Linzer Migrationsbeirat aufgelöst sowie
- die bisherige Förderpolitik im Migrantenbereich neu strukturiert werden.

➔ **Städtischer Forderungskatalog**

Erarbeitung eines städtischen Forderungskatalogs an die Bundespolitik zur Regulierung bzw. Remigration von Zuwanderern ohne entsprechender Berufsqualifikation und Selbsterhaltungsfähigkeit sowie Maßnahmen gegen Lohndumping durch Leasingarbeit für ausländische Arbeitskräfte.

4.2. FAMILIEN UND KINDER

Das Entwicklungspotenzial und die Standortqualität von Linz sind an familienfreundliche Lebensbedingungen vor Ort gebunden. Oberste Aufgabe und Ziel muss daher eine kommunale Gesamtstrategie zur Stärkung und Förderung der Familien sowie eines kinderfreundlichen Klimas sein.

Familien

Wir bekennen uns zur Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit Kindern als Keimzelle einer funktionierenden Gesellschaft und Garant für eine zukunftsfähige Solidarität der Generationen. Gerade im städtischen Bereich stehen Familien heute vielen Herausforderungen gegenüber, die das Familienleben erschweren und leider in zunehmendem Maß auch scheitern lassen.

Andere Formen

Der traditionellen Ehe mit Kindern stehen auch andere Formen des familiären Zusammenlebens wie Alleinerziehende und Lebenspartnerschaften von Mann und Frau, sofern in diesen Kinder aufwachsen, als gleichberechtigte Formen von Familie gegenüber. Ein eigenes Rechtsinstitut für gleichgeschlechtliche Beziehungen ist abzulehnen.

4.2.1. KINDERBETREUUNG

➔ **„Notfallmamas“:**
Kinderbetreuung im häuslichen/betrieblichen Bereich
Für Berufsgruppen mit außerordentlichen Dienstzeiten übernimmt in Randzeiten außerhalb der Öffnung von Betreuungseinrichtungen zu Hause oder in Betrieben bzw. wenn die Betreuungsperson ausfällt, qualifiziertes Personal die Versorgung der Kinder.

➔ **„Kind is(s)t gesund“:**
Verbesserung der Essensqualität in der Kinderbetreuung
In Kinderbetreuungseinrichtungen sollen vorzugsweise regionale Produkte in Bioqualität verwendet werden, die frisch zubereitet bzw. deren Zusammenstellung im Vorfeld von Experten ernährungstechnisch evaluiert werden.

➔ **Kindergarten-Freifahrt**
Einführung eines Ausweises, mit dem ein Elternteil Kindergartenkinder mittels öffentlicher Verkehrsmittel vom Wohnort kostenlos zur Betreuungseinrichtung bringen bzw. wieder abholen kann. Neben der Alltagserleichterung für die Betroffenen werden Kinder dadurch mit positiver Langzeitwirkung frühzeitig mit der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel vertraut gemacht.

➔ **Kinderbetreuungsbörse (App)**
Beteiligung an der Schaffung einer kostenlosen, oberösterreichweiten Internet-App in Kooperation mit dem Land Oberösterreich zur Vermittlung von qualifiziertem Personal für die Kinderbetreuung.

4.2.2. BERATUNG UND SERVICE

➔ **Kinderscheckheft**
Zur Geburt eines Kindes sollen die Eltern von der Stadt Linz ein Gutscheinheft erhalten, das neben praxisbezogenen Informationen zu Services und Leistungen auch Gutscheine von städtischen Unternehmungen, Unternehmen und Vereinen enthält.

➔ **Kindgerechte Kultur- und Brauchtumsförderung**
Schaffung eines interdisziplinären Aktionsprogramms unter Einbeziehung bestehender Heimat- und Brauchtumsvereine zur frühzeitigen Förderung von heimischer Kultur in städtischen Einrichtungen wie Eltern-Kind-Zentren, Kindergärten und Volkshochschulen, aber auch Seniorenzentren.

4.2.3. FREIZEIT

➔ **Familien-Freizeit Kalender (App)**
Beteiligung an der Einrichtung eines oberösterreichweiten Online-Kalenders in Kooperation mit dem Land Oberösterreich zur tagesaktuellen Abbildung des gesamten Freizeitprogramms für Kinder und Familien sowie der Möglichkeit zur Vernetzung gleichgesinnter Eltern.

➔ **Öffnung von Eltern-Kind-Zentren**
Ausweitung der Öffnungszeiten für Raummieten in den Eltern-Kind-Zentren, damit diese künftig auch an Wochenenden nutzbar sind.

4.3. JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE

Zentrale Aufgabe der Linzer Jugendarbeit und -politik ist die Bereitstellung ganzheitlicher Angebote, um Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen die Möglichkeit zur freien persönlichen Entfaltung ihrer beruflichen, sozialen und kulturellen Kompetenzen zu bieten.

Freie Menschen

Wir bekennen uns zu einer aktiven Jugendpolitik, die aufgeklärte und mündige Staatsbürger zum Ziel hat, die mit den nötigen Kenntnissen ausgestattet sind, um als charakterlich gefestigte und freie Menschen im Leben bestehen zu können.

Förderung

Neben der bestmöglichen Förderung ihrer Entwicklung ist es auch notwendig, Jugendliche schon frühzeitig als wichtige Akteure in einer sozialen Stadt zu gewinnen, um ihr Kreativpotenzial zu nutzen und sie auf ihre Rolle in der Gesellschaft vorzubereiten.

4.3.1. SCHULE UND AUSBILDUNG

➔ Städtische Lehrstellenbörse

Einrichtung einer kostenlosen Linzer Lehrstellenbörse, welche offene Lehrstellen beim Magistrat sowie in städtischen und privaten Unternehmen auflistet sowie deren breite Bewerbung und laufende Betreuung.

➔ Unterstützung österreichischer Lehrstellensuchender

Erarbeitung eines Maßnahmenpakets zur Förderung von österreichischen Lehrstellensuchenden und Beendigung der Benachteiligung heimischer Jugendlicher bei der Bewerbung für Lehrstellen im städtischen Bereich.

➔ Stärkung der digitalen Kompetenz

Verbesserung und Ausbau der vorhandenen Hard- und Software sowie Ausweitung des digitalen Angebots an Linzer Schulen.

➔ Beschäftigungsprojekte für beeinträchtigte Jugendliche

Ein Teil der jungen Menschen mit Beeinträchtigung ist nicht oder nur teilweise in der Lage einer Beschäftigung nachzukommen. Damit auch diese Gruppe ihre Fähigkeiten entfalten kann, sollen Beschäftigungsprojekte ins Leben gerufen werden, die diesen die Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung bieten.

➔ **Forcierung integrativer Lehrstellen**

Jugendliche mit Beeinträchtigung sollen über öffentliche bzw. privatwirtschaftliche Projekte die Möglichkeiten erhalten, einen auf individuelle Bedürfnisse und Fähigkeiten abgestimmten Lehrberuf zu ergreifen.

➔ **Kooperation mit Unternehmen**

Kooperationen mit Unternehmen sollen Menschen mit Beeinträchtigungen die Möglichkeit bieten, ihren persönlichen Horizont zu erweitern, berufliche Orientierung zu finden sowie persönliche Talente zu entdecken und weiter auszubauen.

4.3.2. WOHNEN

➔ **Ausbau der Aktion „Junges Wohnen"**

Ausbau der im Jahr 2015 geschaffenen Aktion „Junges Wohnen" durch die vermehrte Errichtung bedarfsorientierter und leistbarer Wohnungen für junge Menschen in Linz durch die städtische GWG.

4.3.3. FREIZEIT

➔ **Ausbau der Freizeiteinrichtungen**

Evaluierung der Linzer Freizeiteinrichtungen für Jugendliche nach personellen und finanziellen Ressourcen. Entpolitisierung von Jugendzentren, sowie eine bessere Vermittlung traditioneller, heimischer Werte.

4.4. ÄLTERE UND PFLEGEBEDÜRFTIGE

Die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen in Linz wird in den kommenden Jahren, auch aufgrund der weiter steigenden Lebenserwartung, stark wachsen. Daher ist es notwendig, das derzeit bestehende Angebot auszubauen und den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, um für die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse auch künftig die passende Unterstützung sowie ein ansprechendes Freizeitangebot zur Verfügung stellen zu können.

Generationen

Wir bekennen uns zur Generationengerechtigkeit und würdigen die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leistungen sowie die Lebenserfahrung der älteren Generation. Diese hat ein Recht auf eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in Linz.

Häusliche Pflege

Ein Großteil der älteren Menschen wünscht sich, den Lebensabend so lange wie möglich zu Hause zu verbringen und sind in Sorge, den damit verbundenen finanziellen Aufwand bewältigen zu können. Oberste Priorität ist daher, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können und nach dem Prinzip des Vorranges mobiler vor stationärer Betreuung ein darauf angepasstes Leistungsspektrum zur Verfügung gestellt wird. Es muss deshalb dafür gesorgt werden, dass die „Pflege daheim" ein leistbares und für alle Pflegebedürftigen zur Verfügung stehendes Mittel ist.

Freizeit

Darüber hinaus soll ein Leben in der generationenübergreifenden Gemeinschaft und die aktive Freizeitgestaltung der Vereinsamung sowie dem Abbau der körperlichen und geistigen Fähigkeiten und damit der Pflegebedürftigkeit vorbeugen. Durch gezielte Projekte soll das wechselseitige Verständnis von Alt und Jung gestärkt werden. Auf diese Weise werden für die Älteren die notwendige Unterstützung und Solidarität gewährleistet, während Kinder und Jugendliche einen respektvollen Umgang mit der älteren Generation erlernen und von deren Erfahrungsschatz profitieren können.

4.4.1. WOHNEN

➔ Ausbau des „Betreuten Wohnens"

Verstärkter Ausbau einer zusätzlichen Wohnform zwischen „betreutem Wohnen" und Seniorenheim, um vorhandene Bedarfslücken (z.B. bei Demenzkranken) zu schließen.

➔ Angepasste Wohnungen für Ältere schaffen

Am Beispiel des Projektes „Junges Wohnen“ soll auch ein Wohnkonzept für ältere Menschen erarbeitet werden. Speziell sollen hier Faktoren wie der geringere Platzbedarf oder die eingeschränkte Mobilität berücksichtigt werden (z.B. Lift oder Erdgeschoßlage).

➔ Generationenübergreifendes Wohnen

Förderung von alternativen Formen des Zusammenlebens wie beispielsweise durch die Verbindung von Studenten- und Altersheimen.

➔ Verbesserung der Wohnqualität für Ältere in Bauten ohne Aufzug

Anbieten frei werdender Erdgeschoßwohnungen im sozialen Wohnbau an ältere Mieter bzw. Bewohner mit Beeinträchtigungen, die in Obergeschoßen ohne Lifteinbauten wohnhaft sind.

4.4.2. KRANKHEIT UND PFLEGE

➔ „Pflege daheim“ zukunftsfit machen

Um den Wunsch vieler Senioren, so lange wie möglich zu Hause bleiben zu können, bestmöglich abzudecken, benötigt Linz ein zukunftssicheres Modell für die „Pflege daheim“. Dafür gibt es vier Säulen, auf denen aufgebaut werden muss:

Hilfe bei der Aufgabenbewältigung

- Bedarfsgerechter Ausbau der mobilen Dienste: Die Verfügbarkeit von mobilen Diensten muss den Ansprüchen angepasst werden. Mit der steigenden Anzahl an Pflegebedürftigen muss auch das Angebot an mobilen Diensten wachsen.
- Erweiterung der Tagesbetreuungsmodelle sowohl zu Hause als auch außer Haus.

Finanzielle Unterstützung

- Einführung eines „Pflege-daheim“-Bonus.
- Pensionsrechtliche Absicherung für pflegende Angehörige verbessern.
- Volles Pflegegeld bei Bezug der erhöhten Familienbeihilfe, da derzeit vom Pflegegeld bei gleichzeitigem Bezug der erhöhten Familienbeihilfe Geld abgezogen wird.

Zeitliche Entlastung für pflegende Angehörige

- Leistbare Kurzzeit-Unterbringung in Alten- und Pflegeheimen: Die Möglichkeit nach einem Spitalsaufenthalt oder bei Ausfall der Pflegeperson

kurzzeitig einen Pflegeheimplatz beanspruchen zu können, ist mit etwa 100 Euro pro Tag sehr teuer. Es muss ein Modell geschaffen werden, diese Kosten maßgeblich fördern zu können, um pflegende Angehörige zu entlasten.
- Angehörigenentlastungsdienst publik machen: Pflegende Angehörige können in Oberösterreich bis zu 120 Stunden pro Jahr Angehörigenentlastungsdienst in Anspruch nehmen. Da diese Möglichkeit vielen Betroffenen nicht bekannt ist, wird eine Informationsoffensive benötigt, damit pflegende Angehörige diese Entlastung auch in Anspruch nehmen können.

Maßnahmen gegen Vereinsamung
- Ehrenamtliche Dienste ausbauen
- Schaffung einer Alltagsbegleitung

➔ Kurzzeitpflegeplätze ausbauen
Schaffung ausreichender personeller und materieller Ressourcen zur Abdeckung fehlender Betreuungsplätze sowie die Sicherstellung von Kurzzeitpflegeplätze auch für jüngere Patienten mit schweren Erkrankungen.

➔ Erholungs- bzw. Aktivwochen für hauptamtliche Pflegekräfte
Schaffung von zusätzlichen Regenerationszeiträumen für Pflegekräfte im Rahmen von Mitarbeiterurlauben.

➔ Psychosoziale Unterstützung für Pflegekräfte
Einrichtung von mindestens jährlich stattfindenden, fachlich betreuten Supervisionen für Berufstätige in Pflegeberufen.

➔ Förderung der freiwilligen Pflegearbeit
Anerkennungsleistungen der Stadt Linz in Form von städtischen Vergünstigungen (z.B. City-Gutscheine, Freifahrtsausweise für öffentliche Verkehrsmittel etc.) für ehrenamtlich Tätige im Pflegebereich.

➔ Verbesserte Regulierung von Krankenhaus-Besuchen
Schutz der Ruhebedürftigkeit von Patienten vor übermäßiger Besucherfrequenz: Krankenhausbesuche haben im Rahmen der gegenseitigen Rücksichtnahme aller Besucher zu erfolgen.

➔ Hauskrankenpflege und Sprengelpflicht
Petition an das Land Oberösterreich für die freie Wahl der bevorzugten Hauskrankenpflege bzw. die Aufhebung der Sprengelpflicht für alle Hauskrankenpflege-Organisationen sowie die Einführung einer Lenkungs-Zentrale zur objektiven Steuerung nach Effizienz und Wirtschaftlichkeit.

➔ **Garantie eines harmonischen Nachsorgeverlaufes**
Petition an das Land Oberösterreich und die Ärztekammer für eine fachgerechte Nach- oder Übergangsversorgung im Anschluss an die stationäre Behandlung bis zur voraussichtlichen Gesundung oder Selbstständigkeit des entlassenen Patienten bzw. Übergabe an eine geregelte Hauskrankenpflege.

4.4.3. GESELLSCHAFT

➔ **Digitale Kompetenzförderung für Ältere**
Kostenlose städtische Bildungsangebote für ältere Menschen im Umgang mit neuen Medien zum Erhalt der Selbstständigkeit.

➔ **„Garten der Sinne“:**
Förderung zur Erhaltung von Sinneswahrnehmungen
Generationengerechte Errichtung benutzerfreundlicher Installationen im Linzer Stadtgebiet zur Förderung von im Alter nachlassender Sinne.

➔ **Seniorengerechte städtische Erholungswege**
Erschließung städtischer Erholungsräume durch die Einrichtung von auto- und radfreien, gut befestigten Gehwegen mit seniorengerechter Infrastruktur hinsichtlich Ausstattung (Rastplätze, Beleuchtung etc.) und Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz.

➔ **Generationentreffpunkt Volkshaus**
Evaluierung und Nachbesserung der seniorengerechten Ausstattung in Linzer Volkshäusern, um diese als Generationentreffpunkt älteren Menschen künftig besser zugänglich zu machen. Volkshäuser als Kulturnahversorger ausbauen und bessere Einbindung von örtlichen Kulturvereinen sicherstellen.

➔ **Potenzial von Menschen mit Beeinträchtigung gezielt nutzen**
Während manche soziale Gruppen oft überschnell in ineffiziente Förderprogramme eingebunden werden, werden Menschen mit Beeinträchtigungen oft übersehen. Dabei ist gerade diese Gruppe oftmals mehr Willens, sich in Arbeitsprozesse einzubinden. Diese Situation führt dazu, dass wertvolle Talente und Arbeitskräfte keine Möglichkeiten erhalten sich einzubringen. Wir erkennen den Wert von Menschen mit Beeinträchtigungen, ohne ihre individuellen Fähigkeiten in zahnlosen Wohlfühlprojekten versanden zu lassen. Vielmehr müssen ihnen entsprechende Möglichkeiten geboten werden, sich zu entfalten: Zu diesem Zweck sollen Angebote in Zusammenarbeit mit Unternehmen entwickelt bzw. bereits vorhandene Angebote attraktiver und hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit und Effizienz evaluiert werden.

4.5. ARMUT UND KRISENBEWÄLTIGUNG

Prekäre Lebensverhältnisse sind überwiegend in Städten zu finden und prägen nicht nur das Leben der Betroffenen, sondern beeinflussen auch die gesamte Gesellschaft.

Recht auf Schutz

Wir bekennen uns zum Recht auf Schutz vor Existenznöten, die sich durch Alter, Behinderung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder durch Schicksalsschläge ergeben können, ohne dass die Betroffenen zu Bittstellern degradiert werden.

Armutsprävention

Oberste Priorität hat die präventive Vermeidung von Armut durch zukunftsorientierte Lösungen auf allen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ebenen, da diese langfristig nicht nur sinnvoller, sondern volkswirtschaftlich auch günstiger sind als die nachträgliche Bekämpfung bereits entstandener Defizite. Dabei darf neben klassischen Gefährdungspotenzialen wie steigender Arbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen und hohen Wohnkosten, vor allem die Gründung einer Familie nicht zur Armutsgefährdung führen.

Soziale Hilfen

Neben präventiven Maßnahmen muss die Zielsetzung in der Bekämpfung bestehender Armut eine rasche, unbürokratische und lösungsorientierte Hilfe sein, um gemeinsam mit den Betroffenen neue Perspektiven zu entwickeln, die künftig wieder ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Bettelei

Bettelei als Erwerbsquelle stellt keine Alternative zu einer verantwortungs- und würdevollen Armutsbekämpfung dar, weil sie die Betroffenen auf Dauer zu Almosenempfängern herabwürdigt und vielfach durch kriminelle Hintergrundstrukturen als menschenverachtendes Geschäft mit der Armut missbraucht wird.

4.5.1. SOZIALHILFE

➔ Reform des Linzer Aktivpasses

Adaptierung der Richtlinien, wobei das Haushaltseinkommen die Höchstgrenze der Wohnbeihilfe nicht überschreiten darf. Bezugsberechtigt sind österreichische Staatsbürger, Konventionsflüchtlinge mit Aufenthaltsberechtigung, EWR-/EU-Bürger und Schweizer Staatsbürger mit Anmeldebescheinigung sowie Drittstaatsangehörige, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in Österreich aufhalten und einen mindestens zwölf Monaten ununterbrochenen Hauptwohnsitz in Linz nachweisen können. Entwicklung eines gestaffelten Modells für Menschen, welche die Einkommensgrenze geringfügig überschreiten. Bezieher einer Mindestpension sind jedenfalls bezugsberechtigt.

➔ **Kontrolle von Sozialmissbrauch**
Einrichtung einer eigenen magistratsinternen Sonderkontrollgruppe gegen Sozialmissbrauch zur laufenden Überprüfung des rechtmäßigen Leistungsbezuges.

4.5.2. OBDACHLOSE

➔ **Befristete Wohn- und Meldeadresse**
Einrichtung zeitlich befristeter, meldefähiger Wohnräume (max. 6 Monate) mit begleitender Betreuung und Kontrolle durch qualifizierte Sozialarbeiter.

➔ **Ausbau Job-Impuls**
Integration von Obdachlosen in das Projekt „Jobimpuls" mit vorrangiger Behandlung österreichischer Staatsbürger bzw. integrationswilliger Ausländer mit entsprechenden Voraussetzungen analog zur Oö. Wohnbauförderung.

➔ **Schaffung von Startwohnungen**
Bereitstellung günstiger Sozialwohnungen nach erfolgreicher Wiedereingliederung in das Arbeits- und Gesellschaftsleben aufgrund einer positiven Beurteilung durch die Betreuungseinrichtung.

➔ **Schaffung von Schlafmöglichkeiten für Obdachlose mit Tieren**
Schlafmöglichkeiten für Obdachlose mit Tieren, um soziale Bezugsmöglichkeiten zu erhalten oder die Mitnahme von Blindenhunden zu ermöglichen.

4.5.3. FAMILIEN

➔ **Befristete Übergangshilfen**
Zeitlich befristete Bereitstellung von Wohnraum und Unterstützung durch Naturalleistungen sowie parallele Betreuung und Reintegrationsmaßnahmen am Arbeitsmarkt für österreichische Staatsbürger bzw. integrationswilliger Ausländer mit entsprechenden Voraussetzungen analog zur Oö. Wohnbauförderung.

4.5.4. KRISENBEWÄLTIGUNG

➔ **Dauerhafter städtischer Härtefallfonds**
Einrichtung eines dauerhaften städtischen Härtefallfonds, der – wie bei den Corona-Maßnahmen – zur Abmilderung von Härtefällen zur Verfügung steht.

4.6. ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Mit 210.000 Arbeitsplätzen auf 206.000 Einwohnern zählt Linz zu den stärksten Beschäftigungsstandorten in Österreich und befindet sich im Vergleich auch international in einer guten Wettbewerbsposition.

Standort Linz

Wir bekennen uns zur Stärkung und dem weiteren Ausbau des Wirtschaftsstandortes Linz durch die Technologie- und Exportorientierung der ansässigen Industrie, die Innovationskraft des Mittelstandes und seine Leistungen für Beschäftigung sowie die individuelle Dienstleistungsorientierung und das Erwerbspotenzial der Klein- und Kleinstbetriebe in unserer Stadt.

Wettbewerbsfähigkeit

Trotz grundsätzlich guter Rahmenbedingungen bleibt Linz aufgrund globaler Entwicklungen gefordert, seine wirtschaftliche Position abzusichern. Zentrale Aufgabe muss dabei eine Stärkung des Standortes für den zunehmend verschärften internationalen Wettbewerb sein.

Beschäftigung

Dabei haben die Attraktivierung der Vollzeitbeschäftigung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei über 55-Jährigen sowie Digitalisierung und Lehrlings-Offensive höchste Priorität.

4.6.1. AUSBILDUNG UND LEHRE

➔ Städtischer Lehrlingsbonus

Leistungsorientierte Anerkennung für Lehrlinge mit ausgezeichnetem oder gutem Erfolg beim Abschluss eines Lehrjahres bzw. der Lehrabschlussprüfung in Form von Naturalleistungen (Freizeit-Gutscheine) im städtischen Bereich.

➔ Objektivierung der Lehrstellenvergabe im städtischen Bereich

Beendigung der Bevorzugung von Bewerbern mit Migrationshintergrund und Abschaffung der Geschlechterquoten bei der Aufnahme von Lehrstellensuchenden im Magistrat sowie in städtischen Unternehmungen sowie Abschaffung fremdsprachiger Ausschreibungen.

➔ Fit für die Lehre

Die Schulbildung sowie die Erziehung angehender Lehrlinge zeigen teilweise große Mängel. Daher soll ein städtisches Konzept für eine zusätzliche Ausbildung in den schulischen Grundfertigkeiten wie Rechtschreiben, Lesen und Mathematik sowie in den sonstigen mitteleuropäischen Standards erarbeitet werden, um Jugendliche für die Lehre fit zu machen.

➔ **Lehrlingsmesse für Linzer Betriebe und Schulen**
Ausrichtung einer modernen, für Jugendliche attraktive Lehrlingsmesse (inklusive Unterhaltungs-/Rahmenprogramm) in Linz.

➔ **Lehrlings-Imagekampagne**
Aufwertung der Lehrberufe durch eine zentrale Imagekampagne in Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben, AK, AMS und Wirtschaftskammer.

4.6.2. GENERATION 50+

➔ **Pilotprojekt „Arbeit 50+" in städtischen Unternehmungen**
Evaluierung und Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer.

➔ **„Diversity Management"**
Keine weitere bewusste Erhöhung des Anteils von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in Magistrat und UGL. Abschaffung von „Diversity-Quotenregelungen" und keine Bevorzugung aufgrund eines Migrationshintergrunds.

➔ **Förderfonds 50+ für Linzer Unternehmen**
Finanzielle Unterstützung auf kommunaler Ebene in Kooperation mit AMS, AK, WKO und EU für Unternehmen, die ältere Arbeitnehmer beschäftigen.

4.6.3. FÖRDERUNG DER PFLEGEBERUFE

➔ **35-Stunden-Woche in städtischen Pflegeeinrichtungen**
Einführung der 35-Stunden-Woche für Mitarbeiter im Pflegebereich in allen städtischen Einrichtungen.

➔ **Überzahlung in städtischen Einrichtungen**
Deutliche Überzahlung des Kollektivvertrages/Branchenschnitts für Mitarbeiter im Pflegebereich in allen städtischen Einrichtungen.

➔ **Förderprogramm zur Attraktivierung von Pflegeberufen**
Evaluierung der Erfahrungen anderer Länder (z.B. Skandinavien) mit besseren und flexibleren Arbeitsbedingungen hinsichtlich einer Teilumsetzung in Linz.

➔ **Schwerarbeiterpension und Pflegelehre**
Erleichterung des Zugangs zur Schwerarbeiterpension für Pflegekräfte sowie Einführung einer Pflegelehre bzw. Umschulungen für den Pflegebereich und berufsbegleitende Pflegeausbildung für Spät- oder Wiedereinsteiger.

4.7. WOHNEN UND INFRASTRUKTUR

Nicht nur aufgrund seiner attraktiven Lage und der Bedeutung als Wirtschaftsstandort ist Linz ein begehrter Wohnort: Etwas 60% aller Wohnungssuchenden in Oberösterreich möchten in der Landeshauptstadt wohnen. Auch das prognostizierte Bevölkerungswachstum und der noch immer steigende individuelle Flächenbedarf erfordern künftig zusätzlichen Wohnraum und einen entsprechenden Ausbau der Infrastruktur.

Spekulation

Parallel dazu sind in den letzten Jahren aufgrund massiver Spekulationen die Mieten und Immobilienpreise in Linz rasant gestiegen. Dies ist der entscheidende Grund, warum Wohnen zunehmend zum Luxus wird. Steigende Erwartung in Mieteinnahmen verteuern jährlich die ohnedies hohen Immobilienpreise und erzeugen einen Kreislauf, in dem sich Mietpreise ständig erhöhen. Die Investitionen für Anleger werden dadurch immer profitabler. So werden Grundstückspreise weiter in die Höhe getrieben, die auch für den gemeinnützigen Wohnbau hohe Neubaukosten verursacht und den Erwerb von leistbarem Wohnungseigentum weitgehend unmöglich macht.

Grundrecht

Wir bekennen uns im Rahmen der sozialen Verantwortung zum Wohnen als Grundbedürfnis der Menschen. Daher muss Wohnraum in Linz leistbar bleiben und im Rahmen des geförderten und gemeinnützigen Wohnbaus auch den Anforderungen von Jugendlichen, Familien sowie Älteren oder Menschen mit besonderen Bedürfnissen gerecht werden. Darüber hinaus soll auch die Schaffung von Wohnungseigentum unterstützt werden.

Infrastruktur

Neben einem definierten Mindestmaß an infrastruktureller Ausstattung, leistbarer Grundversorgung und Grünflächen treten wir für die Erhaltung der Vielfalt unserer unterschiedlich geprägten Stadtteile ein und lehnen ein Wachstum mit nicht kompensierbaren Verlusten an Grünraum und somit an Lebensqualität ab.

Sicherheit

Der soziale Wohnbau muss wieder zu einem Ort der Sicherheit werden. Eine stärkere Durchmischung führt nicht automatisch zu einer besseren Integration, sondern zu Konflikten. Ausreichende Deutschkenntnisse sind daher eine verpflichtende Voraussetzung für die Inanspruchnahme von gefördertem Wohnraum.

Sozialer Wohnbau

Für die Gewährung und Auszahlung der Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung ist die Stadt Linz als Bezirksverwaltungsbehörde zuständig. Im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz wurde 2019 das Prinzip „Sachleistung vor Geldleistung“ verankert. Sozialhilfe soll insbesondere hinsichtlich des Wohnaufwandes verstärkt in Form von Sachleistungen geleistet werden. Als Sachleistung gilt dabei etwa die direkte

Zahlung der Miete und Betriebskosten an den Vermieter bzw. Energieversorger. Durch gesicherte Zahlungen der Wohnkosten werden Delogierungen wirksam verhindert.

4.7.1. GENERATIONENGERECHTES WOHNEN

➔ **Ausbau der Aktion „Junges Wohnen“**
Ausbau der im Jahr 2015 geschaffenen Aktion „Junges Wohnen“ durch die vermehrte Errichtung bedarfsorientierter und leistbarer Wohnungen für junge Menschen in Linz durch die städtische GWG.

➔ **Familiengerechtes Wohnen**
Verstärkte Förderung von leistbaren 4-Zimmer-Wohnungen zur Unterstützung von Familien mit Kindern.

➔ **Ausbau des „Betreuten Wohnens“ & leistbarer Seniorenwohnungen**
Verstärkter Ausbau einer zusätzlichen Wohnform zwischen „betreutem Wohnen“ und Seniorenheim sowie leistbarer Seniorenwohnungen, um vorhandene Bedarfslücken (z.B. bei Demenzkranken, Mindestpensionisten) zu schließen.

➔ **Generationenübergreifendes Wohnen**
Förderung von alternativen Formen des Zusammenlebens durch die Verbindung von Studenten- und Seniorenheimen.

➔ **Verbesserung der Wohnqualität für Ältere in Bauten ohne Aufzug**
Angebot frei werdender Erdgeschoßwohnungen im sozialen Wohnbau für ältere Mieter bzw. Bewohner mit Beeinträchtigungen, die in Obergeschoßen ohne Lifteinbauten wohnhaft sind.

➔ **Befristetes Wohnen für Krisensituationen**
Einrichtung zeitlich befristeter, meldefähiger Wohnräume (max. 6 Monate) mit begleitender Betreuung und Kontrolle durch qualifizierte Sozialarbeiter.

4.7.2. WOHN- UND LEBENSKULTUR

➔ **Initiative zur Stärkung der Nachbarschaftshilfe**
Erstellung eines Maßnahmenkatalogs zur Wiederbelebung nachbarschaftlicher Solidarität und Hilfe. Jene Initiativen der Nachbarschaftshilfe, die während des Lockdowns der Regierung entstanden sind, sollen durch geeignete Maßnahmen der Stadt Linz in einen Regelbetrieb übernommen werden.

➔ **Konsequente Durchsetzung der Hausordnungen**

Die Wohnbauträger sind anzuhalten, ihre Hausordnungen so zu gestalten, dass ein friedliches und geordnetes Leben in ihren Objekten möglich ist. Diese Hausordnungen sind zu kontrollieren und bei Verstößen schärfer zu ahnden bzw. entgegen der bisherigen Praxis bei groben Verstößen nach schriftlicher Abmahnung mit Kündigung zu sanktionieren.

4.7.3. WOHNRAUMSCHAFFUNG

➔ **Kampf gegen Immobilienspekulation**

Konsequente Fortsetzung der Strategie zur Abwehr weiterer Verteuerung von Wohnraum durch Immobilienspekulationen analog zur bereits umgesetzten Widmungskategorie „sozialer Wohnbau".

➔ **Bekämpfung von Leerständen**

Städtische Studie zur Erhebung der Leerstände in Linz und deren Auswirkung auf die Mietzinsentwicklung und den Wohnbau im Allgemeinen.

➔ **Förderung von Wohnungseigentum**

Schaffung und Weiterentwicklung von finanziellen Anreizmodellen (Mietkauf, Verkauf bestehender Wohneinheiten etc.) zum Erwerb von leistbarem Wohnungseigentum insbesondere für junge Familien.

4.8. BÜRGERLICHES ENGAGEMENT

Linz lebt von der Vielfalt an Meinungen und Ideen der Menschen in unserer Stadt. Immer mehr Bürger möchten frühzeitig auf die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensraumes und auf wichtige kommunale Themen und Projekte Einfluss nehmen.

Bürgerbeteiligung

Wir bekennen uns zur aktiven Beteiligung der Bürger als wichtige Ideengeber in der kommunalen Planung sowie deren verpflichtende politische Umsetzung als bereichernde Form des städtischen Mitregierens.

Einstiegsbarrieren

Dazu sind spezielle Beteiligungsformate mit größtmöglicher Transparenz und niedrigen Einstiegsbarrieren zu entwickeln bzw. vorhandene Instrumente auszubauen.

4.8.1. FREIWILLIGENARBEIT UND EHRENAMT

➔ **Städtisches Info-Portal**
Einrichtung eines zentralen Portals zur Information über bürgerliches Engagement in Linz und dem Austausch und der Vernetzung aller Beteiligten.

➔ **Bildungsangebot für Freiwilligenarbeit**
Verstärktes Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten für ehrenamtlich Tätige.

➔ **Service-Pass für Freiwillige**
Unterstützung des Ehrenamts durch Vergünstigungen im städtischen Bereich im Rahmen eines Service-Passes für Freiwillige.

4.8.2. BEWUSSTSEINSBILDUNG

➔ **Informationskampagne**
Aktionsprogramm zur Förderung bürgerlichen Engagements und der Zivilcourage im nachbarschaftlichen und öffentlichen Bereich.

➔ **Stadt der Generationen**
Initiative zur Förderung des Austausches von jungen und alten Menschen in Linz.

➔ **Perspektive Ü60**
Programm zur verstärkten Integration und Teilhabe von älteren Menschen.

4.9. EVALUIERUNG UND KONTROLLE

Die Absicherung sozialer Leistungen und deren laufende Evaluierung und Weiterentwicklung haben für Linz höchste politische Priorität.

Praxis

Die bisher gängige Praxis ist noch weitgehend geprägt von einer angepassten und indexierten Fortschreibung, bei der die Leistungen auf Basis vorhandener finanzieller Mittel und des zur Verfügung stehenden Personals bestimmt werden.

Wirkungsorientierung

Dieser überholte Steuerungskreislauf muss durch das Prinzip der Wirkungsorientierung ersetzt werden, bei dem sich das Leistungsangebot auf Basis der erwarteten Auswirkungen definiert.

➔ Laufende Evaluierung und Berichtspflicht

Laufende Evaluierung der Leistungen und Angebote hinsichtlich sozialer Treffsicherheit, Wirtschaftlichkeit und ihres sozialen Einflusses („social impacts“) unter Einbeziehung unabhängiger Experten und jährliche Berichterstattung an den Gemeinderat.

Foto: Simlinger/Shutterstock.com

WWW.FPOE-LINZ.AT